

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **79**

**April/Mai 2016**



**Auch E-Mobile killen das Klima**

# INHALT

Obama & Merkel kommen zur Hannover Messe	
Demonstration gegen TTIP & CETA	3
„Unabhängige“ wollen Fracking-Freigabe	
Lobbyismus pur: „Frack, baby, frack“	4
Unbegleitete jugendliche Flüchtlinge in Celle	
Land senkt Unterbringungsstandards	6
Zur Lage von Jugendlichen in Afghanistan	
Es droht Missbrauch und Rekrutierung	7
Mäßige Bilanz beim „Schaufenster Elektromobilität“	
Pferdestärken werden (nicht) elektrisch	8
Ein Bremsklotz der Verkehrswende	
Zu den Illusionen der Elektromobilität	9
Verwaltung vergleicht Fördermittelwirkung	
Klimaschutzfond effizienter einsetzen	11
Meldungen	12
Laternengespräche: Der Geruch von Metzgern	14
Sozialstrukturanalyse im „Bibliotheksprofil“	
Was wir sind – und wie viele?	16
Im Wald und auf der Heide / Völkische Siedler	18
Interview zu „Fluchtpunkt Celle“ mit Peter Schanz	
„Den Betroffenen ein Sprachrohr sein“	19
Ausstellung: Anja Schindlers Wunderkammer	22
Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus	23
Josh Smith im Herzog Ernst	25
Rosalux-Veranstaltung: Unterwerfung als Freiheit	26
22 Jahre Kriminalisierung – erneut Prozess in Celle	
PKK-Verbot muss fallen	27
20 Jahre Buntes Haus – die Vorgeschichte	29
Kino 8 1/2, Politik & Kultur	ab 34

## Celler Trialog 2016

Diplomatie - Verteidigung - Innere Sicherheit

Der für den 18./19. Mai 2016 unter dem Thema "Sicherheit Dreidimensional: Diplomatie-Verteidigung-Innere Sicherheit" geplante "Celler Trialog" ist auf den 24./25. Oktober 2016 verlegt worden.



Hallo,

es kam, wie es kommen musste: freie Fahrt für den Warenverkehr, aber Grenzen dicht für Flüchtlinge. Und nicht nur, weil die AfD zweistellige Wahlergebnisse erzielt, atmet der Mainstream auf und sieht im gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck eine angemessene Reaktion darauf, dass die Festung Europa ein halbes Jahr die Zugbrücke heruntergelassen hatte.

Deshalb ist es eigentlich um so wichtiger, dass der halbwegs aufgeklärte Teil der Gesellschaft dagegenhält. Das aktuell am Schlosstheater laufende Stück „Fluchtpunkt Celle“ gehört dazu. Wir haben mit dem Autor und Regisseur Peter Schanz ein ausführliches Interview geführt, bevor er drei Tage später von der Intendanz des Hauses vor die Tür gesetzt wurde.

Wieder mal ist das Heft 36 Seiten stark geworden, was uns veranlasst, unsere Leserinnen und Leser darauf hinzuweisen, dass wir gelegentliche Spenden – egal ob klein oder groß – gern auf unserem Konto eingehen sehen. Wir verschonen Euch ja nicht mit Besserwisserei, aber immerhin mit Reklame.

Eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle  
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,  
Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

## Demo in Hannover – TTIP & CETA stoppen

Die Hannover Messe 2016 wird zusammen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama eröffnet: Ihr Ziel ist es, die TTIP-Verhandlungen gemeinsam voranzubringen. Doch das Handels- und Investitionsabkommen der EU mit den USA droht Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.

Ebenfalls in diesem Jahr will die Europäische Kommission das CETA-Abkommen mit Kanada dem Rat und dem Europäischen Parlament zur Ratifizierung vorlegen. Es dient als Blaupause für TTIP. Schon mit ihm könnten Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern.

Dagegen tragen wir unseren Protest auf die Straße! Getragen von einem breiten Bündnis demonstrieren wir mit zehntausenden Menschen am Samstag, den 23. April in Hannover – unmittelbar vor dem Besuch Obamas.

Dabei sind wir Teil einer transnationalen Protestbewegung: Auf beiden Seiten des Atlantiks streiten wir zusammen mit unseren Freund/innen und Partner/innen in Kanada und USA gegen Abkommen, die vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen. Hier wie dort treten wir für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat fördern sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderklagerechte für Investoren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten.

Beide Abkommen setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken transnationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstan-

- dards erhöhen statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen statt sie zu vergrößern;
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

Hierfür gehen wir am Samstag, den 23. April in Hannover auf die Straße – Demonstrieren Sie mit!



„Unabhängige“ wollen Ratsresolution für Fracking-Freigabe

## Lobbyismus pur: „Frack, baby, frack“

Im ganzen Land werden die Celler Kirchturmglöcker zu hören sein, wenn der Stadtrat Ende April in einer Resolution „die Bundesregierung und den Bundestag eindringlich auffordert, die Blockade der Frackingtechnologie zu beenden und unter Beachtung der neusten Erkenntnisse der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe noch vor der Sommerpause 2016 ein Gesetz zu verabschieden, das den Einsatz dieser Technologie ermöglicht.“ Kirchturmpolitik nämlich – so erläutert Wikipedia – bedeutet „bildhaft das Eintreten für das eigene Dorf (eben den „Kirchturm“) und Auswirkungen, die nur so weit bedacht werden, wie man den eigenen Kirchturm sieht. Alle weitergehenden Auswirkungen im größeren Maßstab treten dabei in den Hintergrund.“

Eingebracht hat die Resolution die Fraktion „Die Unabhängigen“, jene CDU-Abspaltung, deren politisches Kernthema bisher der Erhalt kostenloser Parkplätze auf dem Schützenplatz war. Begründet wird die Aufforderung an „Berlin“ so:

Eine im Januar 2016 veröffentlichte Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) mit dem Titel „Schieferöl und Schiefergas in Deutschland – Potenziale und Umweltaspekte“ sei zu dem Ergebnis gekommen, dass Trinkwasserschutz und Fracking aus geowissenschaftlicher Sicht miteinander vereinbar seien. Auch habe die Untersuchung die bis 2030 förderbare Erdgasmengen auf 320 Kubikmeter aus Schiefergesteinen beziffert, davon das mit Abstand größte Vorkommen in Niedersachsen. Die Größenordnung übersteige damit deutlich Deutschlands konventionelle Erdgasreserven. Die Schieferöl-Ressourcen würden mit einem Potenzial von 13 bis 164 Millionen Tonnen eingeschätzt, das in etwa der Größenordnung der konventionellen Erdölreserven entspreche.

Deshalb sei es „an der Zeit, die Blockade der



Frackingtechnologie zu beenden“. Andernfalls – und da landen wir dann beim Kirchturm – müsse „davon ausgegangen werden, dass weitere Unternehmen, insbesondere in der in Celle besonders stark vertretenen Erdözlieferindustrie, noch mehr Entlassungen vornehmen müssen, wie das insbesondere aufgrund des Stillstands der Gesetzgebung im Frackingbereich bereits in erheblichen Umfang erfolgt ist.“

Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) hatte sich schon im vergangenen Herbst lobbyistisch betätigt, als er in einem Beitrag für ZEIT-online verkündete: „Ohne Fracking verspielt Deutschland seine Zukunft.“ (Siehe revista 78, S. 16.) Die von ihm dort vorgenommene Unterscheidung zwischen konventionellem und unkonventionellem Fracking fällt in der Begründung der „Unabhängigen“ ganz weg. Dort wird explizit auch auf Schiefergesteine und Schieferöl-Ressourcen abgehoben.

Kurz zum Hintergrund: Lagerstätten, in denen sich das Gas in Gasblasen sammelt, sind sogenannte konventionelle Lagerstätten. Nach Anbohren der Gasblase kann das Gas entweichen und gefördert werden. Wenn das Gas dagegen in Gesteinsporen eingeschlossen ist, wird von unkonventionellen Lagerstätten gesprochen. Dort kann das Gas herausgeholt werden, wenn zuvor das Gestein mit Hilfe von Chemikalien unter hohem Druck aufgebrochen wurde. Dann kann es aus den Poren austreten und durch die unter dem Druck entstandenen feinen Risse ausströmen. Der Prozess des Herauslösen des Gases unter hohem Druck wird als Hydraulic Fracturing, kurz: Fracking, bezeichnet.

Insbesondere dieses unkonventionelle Fracking soll gesetzlich geregelt werden. Doch seit Mitte letzten Jahres geht es nicht voran. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will Fracking in Schiefergestein verbieten, mit der Ausnahme von zwei Probebohrungen. Die CDU/CSU-Fraktion will 16 „Probe“-Bohrungen zulassen, über die zudem eine Expertenkommission und nicht der Bundestag entscheiden soll – letztlich soll so für kommerzielles Fracking in Deutschland eine Tür geöffnet werden.

**Ökologisch spricht alles dagegen und ökonomisch nichts für unkonventionelles Fracking.**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht die BGR-Studie als ungeeignet an für eine wissenschaftliche Diskussion über Fracking-Gefahren. Und auch die rot-grüne niedersächsische Landesregierung antwortete am 19.2.2016 auf eine Anfrage zweier FDP-Landtagsabgeordneter mit ausdrücklicher Bezugnahme auf das BGR-Gutachten:

„Nach Einschätzung der Landesregierung fehlen nach wie vor grundlegende und vor allem belegbare In-

formationen zur technischen Beherrschbarkeit der Fracking-Technologie in unkonventionellen Vorkommen und den damit verbundenen Umweltrisiken [...] Solange diese Risiken und Auswirkungen nicht zweifelsfrei kalkuliert werden können, ist ein Einstieg in die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels Fracking nicht akzeptabel.“ Und weiter heißt es: „Konkrete Informationen, die einen sicheren und praxisrelevanten Umgang mit der Fracking-Technologie in unkonventionellen Lagerstätten belegen könnten, sind nicht Gegenstand dieser Untersuchungen.“

Das größte Risiko besteht hinsichtlich möglicher Verunreinigungen von Grund- und Trinkwasser durch Chemikalien. Das für den Frack-Prozess verwendete Wasser wird u.a. mit 0,5–2 % Chemikalien vermischt. Mit dem geförderten Gas gelangt auch ein Teil des Frack-Fluids und Lagerstättenwasser, das bereits vor dem Frack im Gestein vorhanden ist, über das Bohrloch zurück an die Oberfläche. Das ist der sogenannte Flowback. Das Lagerstättenwasser kann Reste von Kohlenwasserstoffen (z.B. Benzol) und Elemente wie Quecksilber, Arsen oder natürliche radioaktive Elemente enthalten. Aufgrund dieser gefährlichen Inhaltsstoffe schätzt das Umweltbundesamt dies als wassergefährdend ein.

Vom Fracking gehen nicht nur Gefahren für das Trinkwasser, sondern auch für das Klima aus, denn dabei entweicht noch mehr Methan in die Atmosphäre als bei der herkömmlichen Erdgasförderung. Es gibt z.B. Schätzungen, wonach bis zu fünf Prozent der Fördertürme in den USA Leckagen aufweisen würden. Und Methan ist dummerweise ein viel stärkeres Treibhausgas als CO<sub>2</sub>. Der Umweltingenieur und Klimagasexperte Anthony Ingraffea von der amerikanischen Cornell University warnt: „Der Vorteil der geringeren CO<sub>2</sub>-Emissionen von Erdgaskraftwerken wird durch die erheblichen Methan-Leckagen beim Fracking mindestens teilweise wieder zunichte gemacht.“ Gas aus Schiefergestein sei deshalb keine Brücke in eine Zukunft der erneuerbaren Energien, sondern „der Laufsteg in eine weitere Erwärmung“.

Die Krise der heimischen Erdöl-Service-Industrie liegt nicht an der „verzögerten“ Genehmigung der großflächigen Frackings in Deutschland. Die Anwendung der Technologie in den USA hat in Verbindung mit einem hohen Ölpreis und geringerem Wirtschaftswachstum zu einer Überproduktion an Kohlenwasserstoffen geführt. Die Folge ist ein weltweit starker Rückgang der Bohrtätigkeit nach Öl und Gas, worunter eben auch die Cellar Öl- und Gas-Serviceindustrie leidet. Ein zusätzliches Angebot aus deutschem Schiefergestein würde sich zum einen nicht rechnen, und zum anderen den Preis weiter nach unten drücken. Erst wenn die Gaspreise wieder deutlich steigen würden, wäre eine Förderung in der EU wirtschaftlich. Zu diesem Ergebnis kam zuletzt das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) über eine Umfrage unter rund 200 Fachleuten aus der Energiewirtschaft. Durch die reichen konventionellen Erdgasvorkommen in Russland, Aserbaidschan, Turkmenistan und Katar sei eine solch rasante Preissteigerung in den nächsten Jahren allerdings nicht zu erwarten.



Dazu kommt, dass das umweltschädlich geförderte Fracking-Gas aus den USA künftig in die EU importiert werden soll. Die EU-Kommission führt zur Zeit Gespräche über Flüssiggas-Importe mit Kanada, den USA, Australien, Japan, Nigeria und Algerien.

Ökologisch und volkswirtschaftlich geht die Resolution, die im Stadtrat verabschiedet werden soll, also absolut in eine falsche Richtung. Es spricht wirklich nichts dafür, angesichts der vorhandenen Risiken jetzt die Ressourcen in Deutschland „anzuzapfen“. Bei fortschrittsgläubigem Denken wäre es vielleicht eine Option, sollte die Erderwärmung abgewendet werden können und Fracking ohne giftige Chemikalien möglich sein – im besten Fall also zum Ende des Jahrhunderts.

Aktuell bedarf es gänzlich anderer Strategien zur Stabilisierung des angeschlagenen Industriesektors in Celle. Der Kreisverband der Cellar Linken setzt in einer Erklärung auf die Entwicklung von sicheren, nachhaltigen und wirtschaftlichen Geothermie- und Speichertechnologien. Hierfür seien sofortige Investitionsprogramme des Bundes und der Länder erforderlich. Wirtschaftlich sei nur, was auch für nachfolgende Generationen Bestand habe.

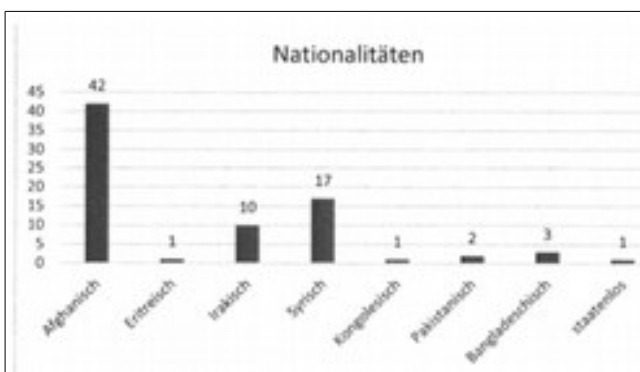
Bis zur Ratssitzung Ende April werden die Fraktionen von CDU, SPD und FDP wahrscheinlich noch versuchen, die sachlich unhaltbare Resolution der „Unabhängigen“ zu verändern – um auf „breiter Basis“ dann doch nur ein falsches Signal zu setzen.

## Land senkt Unterbringungsstandards

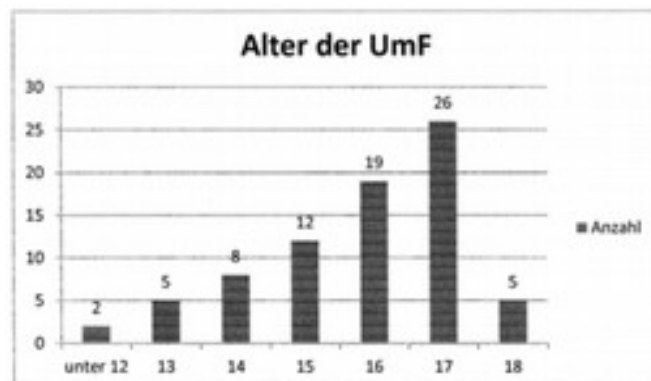
Mehr schlecht als recht war im vergangenen Herbst der Umgang des Celler Jugendamtes mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Lager Scheuen. Das „Kindeswohl“ - wie es in der Sprache des Kinder- und Jugendhilfegesetzes an oberster Stelle steht – geriet unter die Räder. Inzwischen dürfte allen fachlich in der Flüchtlingsarbeit Tätigen klar sein, welchen enormen Gefährdungen z.B. hinsichtlich sexueller Gewalt unbegleitete Minderjährige in den Aufnahmeeinrichtungen ausgesetzt waren. Inzwischen sind aus den Ministerien Anordnungen ergangen, die gerade diese Gefährdungssituationen ausschließen sollen.

Zur Ratssitzung im Februar hatte die Fraktion Die Linke/BSG der Verwaltung einen umfangreichen Fragenkatalog zur Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Celle vorgelegt. Zumindest in quantitativer Hinsicht sind die Antworten der Betrachtung wert.

Im Februar waren 77 unbegleitete minderjährige Ausländer (so die neue gesetzliche Sprachregelung) in Obhut des Jugendamtes, darunter drei Mädchen. Über die Aufschlüsselung in Nationalitäten und Alter geben unten stehende Grafiken Aufschluss:



Die Aufnahmequote orientiert sich seit dem 1.11.2015 am sogenannten Königsteiner Schlüssel. Mitte Februar hatte die Stadt diese Quote mit 164 % deutlich übererfüllt, es werden 31 Jugendliche mehr betreut als nach der Quote erforderlich. Dies liegt daran, dass die Jugendlichen sich zum Zeitpunkt der Gesetzesänderung bereits in



Celle befanden und nicht in das neue Verteilungsverfahren einbezogen werden. Wegen der Flüchtlingsunterkunft in Scheuen hatte das Celler Jugendamt im vergangenen November nach dem Landkreis Göttingen (dort wegen der Erstaufnahmeeinrichtung Friedland) in Niedersachsen die meisten Jugendlichen Inobhut zu nehmen.

Inzwischen werden die Jugendlichen (fast) sofort nach ihrer Ankunft in Scheuen durch das Jugendamt Inobhut genommen. Die Unterbringung ist dann aktuell so geregelt, dass 35 Jugendliche in Wohngruppen nur für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leben, 7 in anderen Einrichtungen der Jugendhilfe, 3 werden ambulant in Wohngemeinschaften betreut, 16 befinden sich in Gastfamilien, 7 bei Verwandten in Celle und 9 bei Verwandten im Aufnahmelager Scheuen.

Für die Standards in den stationären Wohngruppen hat das Landesjugendamt im Januar eine Dienstsanweisung („Übergangslösungen zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung“) erlassen, die leider hinter bisher gängige Standards der Jugendpflege zurückfällt. Man sei sich allerdings einig, „dass die Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen nur zeitlich befristete Übergangslösungen darstellen dürfen.“ Die jeweiligen Betriebserlaubnisse sind deshalb auf zwei Jahre befristet.

Die maximale Gruppengröße bei den stationären Betreuungsformen liegt bei 12 Personen. Räumlich gelten folgende Vorgaben: Einzel- oder Doppelzimmer, im Ausnahmefall auch Mehrbettzimmer mit 3 Schlafplätzen; Mindestquadratmeterzahl soll 6 Quadratmeter pro Person nicht unterschreiten. Hinsichtlich des Personals hat der Träger sicherzustellen, dass zur Umsetzung des jeweiligen Leistungsangebots immer eine ausreichende Anzahl von Fachkräften anwesend ist - ein „Personalschlüssel“ ist das gerade nicht.

Nur zum Vergleich, was im November letzten Jahres noch galt: Gruppengrößen bis maximal 10; Zimmermindestgrößen 8 Quadratmeter pro Einzelzimmer. Und beim Personal gab es für eine solche Gruppe die Festlegung auf mindestens 8,5 Vollzeitstellen, davon mindestens 5 pädagogische Fachkräfte. („Empfehlung zu den Mindestvoraussetzungen für die Erteilung einer Betriebserlaubnis; Leistungsangebot: Vorläufige Inobhutnahme gem. „42a SGB VIII vom November 2015“)

Der Zweck dieser gravierenden Absenkung der Standards ist vorrangig die Einsparung von Kosten. Und ja – es mag sein, dass der Arbeitsmarkt an Fachkräften ziemlich leergefegt ist. Dass allerdings so die Interessen der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge unter dem Vorranggesichtspunkt des Kindeswohls immer gewahrt werden können, darf bezweifelt werden.

## Gefährdet durch Missbrauch und Rekrutierung

In Deutschland leben derzeit ca. 60.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Stand Februar 2016). Davon suchten ca. 30.000 Kinder und Jugendliche im Jahr 2015 in Deutschland Zuflucht. Eine deutliche Mehrheit der jungen Menschen – auch in Celle – kommt aus Afghanistan. In Anbetracht der aktuellen Diskussion um Afghanistan als „sicheres Herkunftsland“ und vermeintliche „innerstaatliche Fluchtalternativen“ zeigt ein Artikel von Adam Naber für die Januar/Februar-Ausgabe des „Asylmagazins“, wie absurd diese Diskussion gerade auch im Hinblick auf die Jugendlichen ist.

Nabers Literaturrecherche beschreibt die Jugendlichen in Afghanistan drohenden Gefahren, Unsicherheiten, Konflikte – ergänzt um einen Blick auf Folgen einer erzwungenen oder freiwilligen Rückkehr. Wir dokumentieren hier Auszüge:

„Im Jahr 2015 wurden bisher die meisten Verletzungen und Todesfälle auf ziviler Seite dokumentiert. In 30 der 34 Provinzen Afghanistans werden bewaffnete Konflikte ausgetragen und allein innerhalb der ersten sechs Monate von 2015 wurden 1.592 zivile Opfer und 3.329 Verletzte dokumentiert. [...] Knapp 25 % der zivilen Todesopfer sind Kinder.“

„Während insbesondere Paschtunen Gefahr laufen, von Taliban-Kämpfern, aber auch als Selbstmordattentäter zwangsrekrutiert zu werden, bilden Angehörige der Hazara eher eine Zielgruppe für Überfälle und Tötungen. Die bisherige Beziehung zwischen der Familie und den Taliban spielt zudem eine große Rolle. Falls der Vater den Taliban gedient hat, besteht für den Sohn eine besondere Gefahr der Zwangsrekrutierung.“

„Der bewaffnete Konflikt verschärft die ökonomische Situation und führt zu einer absoluten Perspektivlosigkeit der jungen Bevölkerung. [...] Selbst wenn Jugendliche eine Schule absolvieren konnten, gibt es kaum Arbeit in den meisten Gebieten, u.a. weil jedes Jahr 400.000 junge Afghanen zum bereits weitgehend gesättigten Arbeitsmarkt hinzukommen.“

„Dass 25 % aller Afghanen, die sich gezwungen sehen das Land zu verlassen, zwischen 15 und 24 Jahren alt sind, liegt nicht nur am afghanischen Durchschnittsalter von 17 Jahren. Vor allem liegt es daran, dass in der Regel die immensen Kosten der Ausreise höchstens für ein Familienmitglied aufgebracht werden können. Die Wahl fällt dabei häufig auf einen Jugendlichen, da man den Familien der Verheirateten nicht den minimalen Schutz vor Übergriffen entziehen möchte, den in Afghanistan nur ein Mann bieten kann. Außerdem wird älteren Personen eher zugetraut, als Tagelöhner zumindest eine temporäre Minimalgrundsicherung der Zurückgebliebenen zu gewährleisten, während man den Jugendlichen bessere Integrationschancen in Europa zutraut.“

„Im ganzen Land, aber besonders im Norden, sind Jungen von (sexueller) Zwangsarbeit oder Rekrutierung militärischer Gruppen gefährdet. Die unter 13-Jährigen sind am ehesten von sexueller Ausbeutung bedroht. Die unterschiedlichen Formen der Praxis des »Bacha Bazi« variieren von präpubertären Tanzjungen in Frauenverkleidung auf Hochzeiten bis zur Variante des vielfachen Missbrauchs von Jungen als Sexsklaven. Durch das junge Alter werden sie noch nicht als Männer angesehen und somit geraten die Täter nicht in das schwerwiegende Tabu der Homosexualität. 14 bis 18-jährige Jungen hingegen werden vermehrt als Zwangsarbeiter oder Kindersoldaten gehandelt.“



„Bevor viele der jugendlichen Afghanen die Flucht nach Europa antreten, verbringen die meisten von ihnen viele Jahre im Iran. Während dieser Zeit arbeiten sie häufig unter schwierigsten Bedingungen und werden auf degradierendste Art und Weise behandelt (willkürliche Festnahmen, Prügel, kein polizeilicher Schutz bei Übergriffen). Ein anderer Teil der jugendlichen Geflüchteten ist nicht einmal in Afghanistan aufgewachsen oder sogar geboren. Gut die Hälfte der 2,45 Millionen afghanischen Flüchtlinge im Iran ist unter 14 Jahre alt. Außerdem haben 30 Jahre Krieg 75 % der afghanischen Bevölkerung zumindest einmal vertrieben und komplexe, generationenübergreifende Migrationschroniken entstehen lassen. Eine Abschiebung nach Afghanistan ist in vielen Fällen daher keine »Rückführung in die Heimat« sondern in die Fremde, in eine Situation absoluter Hilflosigkeit. [...] [G]ezwungene Rückkehrer [stellen] eine Gruppe dar, die gesellschaftlich diskriminiert wird, von der Familie isoliert ist und in ein Leben absoluter Armut oder zur erneuten Ausreise gezwungen wird.“

Naber, Adam: Afghanistan - Gründe der Flucht und Sorgen jugendlicher Rückkehrer . In: Asylmagazin 1-2-2016, S. 4-8.

Interessant auch: Hassan Ali Djan: Afghanistan. München. Ich - Meine Flucht in ein besseres Leben. Verlag Herder, 19,99 Euro.



## Unsere Pferdestärken werden (nicht) elektrisch

E-Bikes verkaufen sich gut, E-Autos nicht – das will die Bundesregierung ändern. Noch hält sie an ihrem Ziel fest, bis 2020 eine Million Elektro-Autos auf die Straßen zu bringen. Einen Schub soll jetzt eine Prämie von 5000 Euro beim privaten Kauf von Elektrofahrzeugen bringen (3000 Euro bei gewerblicher Nutzung). Der gesamte Finanzbedarf wird bis 2020 mit 1,3 Milliarden Euro kalkuliert, wobei 40 Prozent davon die Autohersteller tragen sollen. Umweltbonus nennt sich das Ganze im „Konzept der Bundesregierung zur Unterstützung des Markthochlaufs der Elektromobilität“.



Und auch die Städte und Gemeinden wollen den Kauf von E-Autos attraktiver machen. Mitte März beschloss der Celler Stadtrat, E-Autos von den Parkgebühren zu befreien. Die Stadt beteiligt sich damit an einer Aktion der Metropolregion. Während die meisten anderen Städte die Gebührenfreiheit befristet bis zum Jahr 2020 gewähren wollen, soll dies in Celle bis 2026 gelten. Diese Großzügigkeit lässt sich auch dahin deuten, dass man an einen Erfolg nicht so richtig glaubt. „Die finanziellen Auswirkungen [...] dürften aber zum Gesamtaufkommen auf absehbare Zeit unwesentlich sein“, war in der Beschlussvorlage zu lesen.

Auch andere kommunale Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität von E-Autos sind in den vergangenen Jahren eher ins Leere gelaufen. Im Jahr 2012 erhielt die „Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg“ den Zuschlag für eine Bundesförderung zu einem nationalen „Schaufenster Elektromobilität“. Darüber soll die Öffentlichkeit Elektromobilität erleben bzw. buchstäblich „erfahren“ können. Über den Verein „Kommunen in der Metropolregion“ beteiligte sich die Stadt Celle mit eigenen Beiträgen. Die Stadt wollte sich dabei modellhaft auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur konzentrieren und einzelne Anwendungsszenarien erproben.

Konkret ging es zunächst um

- den Ausbau des P+R-Parkhauses am Bahnhof als Mobilitätsschnittstelle auch für Elektrofahrzeuge,
- die Einrichtung einer öffentlichen Ladestation in der Innenstadt,
- den Aufbau einer Lade-Infrastruktur und Ausstattung von Mietern/Eigentümern mit E-Bikes in einer energetisch vorbildlichen Wohnsiedlung mit eigener Energieerzeugung,
- die Erprobung eines Elektrominibusses auf einer Buslinie unter Anbindung der Innenstadt, des Bahnhofs und des Schützenplatzes als ein Parkraum für die Innenstadt.

Was davon ist nach drei Jahren realisiert worden? Die letzten beiden Punkte blieben schon in der Phase der Antragstellung stecken. Realisiert wurden ein paar Ladestationen, und zwar in den von den Stadtwerken betriebenen Parkhäusern Nordwall, Südwall und Union. Die SVO Vertrieb GmbH betreibt eine weitere Ladestation bei ihrer Kundenzentrale in der Sprengerstraße. Zusätzlich aber gab es einen Versuch mit Car-Sharing. In einer Kooperation von stadtmobil Hannover und SVO standen auf der Kanzleistraße ein Elektrofahrzeug und ein Benziner in Celle für Privatkunden und Firmenkunden bereit, ein zweites E-Fahrzeug steht an der Ladestation in der Sprengerstraße. Aber den Benziner zog stadtmobil schon im April letzten Jahres ein und mit dem Auslaufen der „Schaufenster“-Förderung wurde das ganze Car-Sharing-Projekt wieder eingestellt. Grund: Die Fahrzeuge wurden einfach zu wenig genutzt. Als Teil des Gesamtpaketes erhielt dann noch die Tourismus und Stadtmarketing Celle GmbH aus dem Klimaschutzfonds 20.000 Euro für die Anschaffung und den Einsatz von acht E-Bikes im Tourismus. Und seit Dezember 2015 steht eine Schnellladesäule in der Mühlenstraße in Höhe der Rathsmühle.

Viel mehr als ein Dutzend E-Autos dürften aktuell auf Celles Straßen nicht unterwegs sein. Die Stadtverwaltung selbst wird der größte Nutzer sein: Drei VW E-UP und ein Renault Twizy werden beim Bauhof und für die allgemeine Verwaltung eingesetzt, außerdem zwei weitere Fahrzeuge bei der Stadtwerke GmbH. Darüber hinaus stehen allen Mitarbeiter\*innen seit Frühjahr 2015 drei E-Bikes für kürzere Dienstgänge zur Verfügung.

So ist es nicht wirklich überraschend, dass Celle in der Bilanz-Broschüre des „Schaufenster Elektromobilität“ mit dem Titel „Metropolregion elektrisiert ...“ nicht vorkommt. Vielleicht ist das aber gar nicht so schlecht, denn die erforderliche Verkehrswende lässt sich mit dem bloßen Umstieg von Öl auf Strom nicht hinbekommen.

Wirklich viel würde sich dadurch nicht ändern, wie der Artikel auf der nächsten Seite zu zeigen versucht.



## Zu den Illusionen der Elektromobilität

Die in Deutschland für 2020 gesteckten Klimaschutzziele im Verkehrssektor sind nicht zu erreichen. Seit 1990 bewegt sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß hier auf einem gleichbleibenden Niveau – wo soll in den nächsten vier Jahren die angestrebte Reduktion um 80 % herkommen?

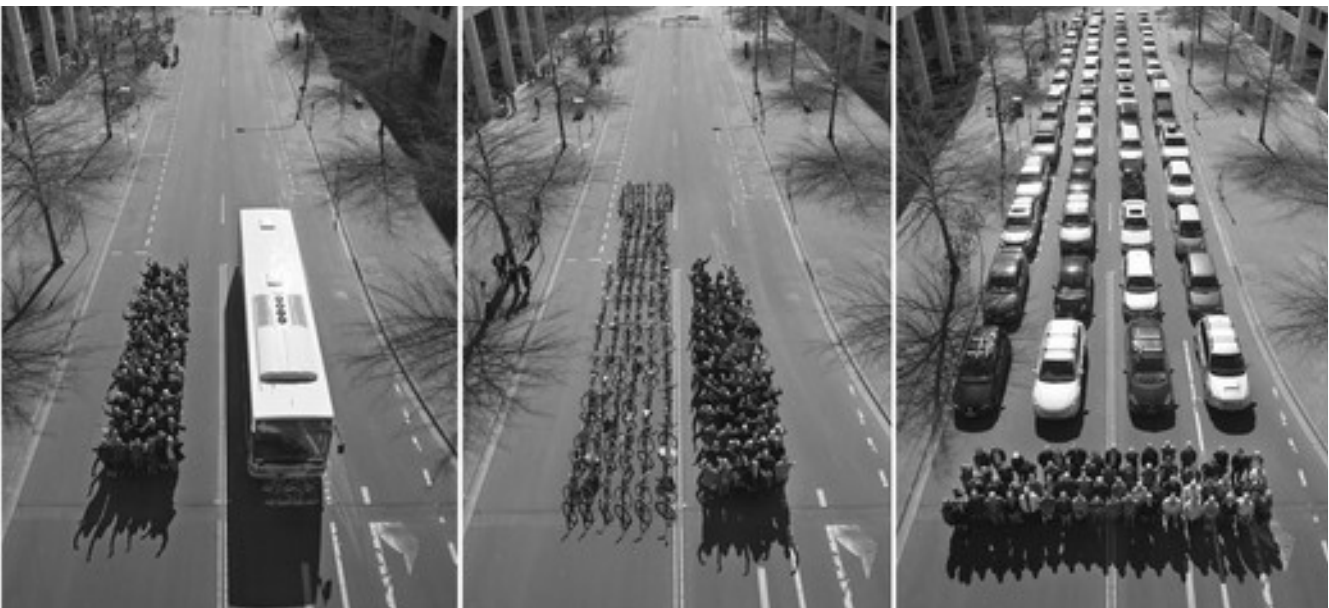
Der Automobilindustrie wäre es sowieso egal. Sie aber drückt ein anderer Schuh: Ab 2021 verschärfen sich in der EU die CO<sub>2</sub>-Vorgaben. Statt wie aktuell 130 Gramm CO<sub>2</sub> je Kilometer auszustoßen, gelten von 2021 an 95 Gramm als Höchstwert – und zwar für den Durchschnitt der „PKW-Flotte“. Rechnerisch lässt sich das Problem wohl nur mit einem deutlichen Anstieg der Zulassungszahlen für Elektro-PKW „lösen“. Doch diesem Markt fehlt bisher jede Dynamik: Im Januar 2015 waren gerade einmal 18.948 Elektrofahrzeuge und 107.754 Fahrzeuge mit Hybridantrieb zugelassen, ganze 0,3 % der rund 44 Millionen Fahrzeuge auf „unseren“ Straßen.

R.I.P. meinen deshalb Spötter\*innen und buchstabieren statt „Rest in peace“ die Probleme des E-Autos: **Reichweite, Infrastruktur** (bei den Ladesäulen) und **Preis**. Letzterer soll jetzt mit einer Prämie von 5.000 Euro gedrückt werden, von der Bundesregierung auch „Umweltbonus“ genannt. Unter Einbeziehung aller Faktoren verflüchtigt sich der tatsächliche CO<sub>2</sub>-Einspareffekt aber ins Nichts.

E-Autos können im direkten Einsatz zwar halbwegs „saubere“ Fahrzeuge sein – d.h., ohne Ausstoß von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Aber nur dann, wenn regenerativer Strom „getankt“ wird. Am Strommix in Deutschland hatte dieser zwar 2015 einen Anteil von 30 %, aber im wesentlichen auf Kosten der Atomenergie. Braun- und Steinkohle lagen bei 42 %. Um den PKW-Verkehr mit regenerativen Energien zu bewerkstelligen, bedürfte es deshalb einer Verdoppelung der aktuellen Windenergiekapazität.

Aber nur weil im Betrieb kein CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird, heißt dies nicht, dass diese Fahrzeuge klimaneutral wären. Denn selbstverständlich muss der Herstellungsprozess des E-Autos einbezogen werden. Und der ist – insbesondere wegen der Batterieherstellung – CO<sub>2</sub>-intensiver als bei Benzin- oder Dieselfahrzeugen. Für eine Kilowattstunde Batteriekapazität sind etwa 125 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Emissionen anzusetzen. Bei einer Batterie mit 24 Kilowattstunden Speicherkapazität fallen also schon vor dem ersten gefahrenen Kilometer drei Tonnen CO<sub>2</sub> an. Selbst ein E-Auto, das mit Regenerativen fährt, erreicht damit erst zwischen gefahrenen 20.000 bis 30.000 Kilometer einen Gleichstand mit den PKW mit Verbrennungsmotoren. Wird der Strommix zugrunde gelegt, ändert sich hinsichtlich CO<sub>2</sub> nichts – im Gegenteil (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Eine Fixierung auf E-Autos führt auch insgesamt in eine Mobilitätssackgasse, meint der Präsident des Wuppertal-Instituts, Uwe Schneidewind: *„Der Ressourcenverbrauch für den Autobau würde zunehmen, die Städte wären weiter durch Parkraum dominiert, und die Gefahren des Straßenverkehrs würden nicht vermindert. Wenn Elektromobilität nur heißt, heutige herkömmliche Zwei-Tonnen-Pkw durch elektrische Zwei-Tonnen-Pkw zu ersetzen, dann sind die dafür verarbeiteten Ressourcen das große Problem. Eine schlecht gemachte Umstellung auf Elektromobilität löst die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme unseres Verkehrssystem nicht.“* Und weiter: *„Elektromobilität ergibt nur Sinn, wenn sie mit veränderten Mobilitätskonzepten einhergeht. Für eine angepasste Mobilität in den Städten sind Elektro-Fahrräder und ausgebaute Fahrrad-Infrastrukturen sowie ein attraktives Bus- und Bahn-Angebot genauso wichtig. Nötig sind zudem eine verkehrsreduzierende Raum- und Stadtplanung, verbesserte Umsteigemöglichkeiten zwischen*





den Verkehrsmitteln und ein breites Car- und Bike-Sharing-Angebot.“ Der Verkehrsexperte Winfried Wolf warnt: „Die E-Autos werden als Alibi dafür herhalten, dass es nicht zu grundsätzlichen Veränderungen im Verkehrsbereich kommt.“

Selbst wenn die immanenten Probleme der Elektromobilität gelöst werden könnten, sprechen nach Wolfs Auffassung fünf Systemfaktoren dagegen:

(1) Straßenfahrzeuge haben im Vergleich zu schienengebundenen Fahrzeugen eine weit höheren Rollwiderstand. Der Energieaufwand zur Beförderung einer Person oder einer Ware ist deutlich niedriger, wenn dafür Schienenfahrzeuge (oder Busse) eingesetzt werden.

(2) Es gibt im Pkw-Verkehr ein extrem ungünstiges Verhältnis zwischen Totlast und Gewicht der Beförderer: In den OECD-Staaten verkehren je Pkw im Durchschnitt 1,3 Personen mit einem Gewicht von ca. 90 kg in einem Gefährt mit durchschnittlich 1,2 Tonnen Leergewicht, womit die Totlast beim 13- bis 15-fachen des Gewichts des (der) beförderten Menschen liegt.

(3) Der Pkw-Verkehr beansprucht im Vergleich zu anderen Verkehrsarten eine vier- bis zehnmals größere Fläche (für die Fahrten und die Stellplätze). Daher gilt die Formel: Je mehr Pkw es je 1000 Einwohner in einer Stadt gibt, desto weniger Fläche bleibt für Kinder, Radfahrende, Fußgänger; für Freizeit und Kommunikation.

(4) Der Straßenverkehr ist mit einer enorm hohen Zahl von Verkehrstoten und Verletzten verbunden. Allein in den letzten 10 Jahren wurden in Deutschland 36.778 Menschen im Straßenverkehr getötet.

## Studie: CO<sub>2</sub>-Zunahme durch E-Autos

Wenig Beachtung fand im vergangenen Jahr eine Studie des unabhängigen Umwelt- und Prognose-Institut (UPI) mit dem Titel „*Ökologische Folgen von Elektroautos - Ist die staatliche Förderung von Elektro- und Hybridautos sinnvoll?*“. Kein Wunder - sind die Ergebnisse hinsichtlich der Klimaschutzfrage (und damit der Propaganda von Bundesregierung und Automobilindustrie) mehr als ernüchternd. Hier eine Zusammenfassung:

„Elektroautos sind entgegen einer weit verbreiteten Meinung nicht klimaneutral, sie verursachen als einzelnes Fahrzeug ungefähr gleich hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen wie normale Benzin- oder Diesel-PKW. [...] [Die Studie legt - gut begründet - den Strommix zugrunde.]

Elektroautos haben außerdem folgende negative Nebenwirkungen, die in Ökobilanzen und CO<sub>2</sub>-Szenarienberechnungen über Elektromobilität bisher nicht berücksichtigt werden:

Da Elektroautos in der Flottengrenzwertregelung der EU trotz ihrer Emissionen juristisch als „Null-Emissionsfahrzeuge“ definiert sind, führen sie über eine Kompensation der Grenzwertüberschreitungen großer und schwerer PKW (z.B. SUV, Geländewagen) insgesamt zu einer Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Da Elektroautos häufig als zusätzliche Zweit- oder Dritt-Wagen angeschafft werden, erhöhen sie die Anzahl der Autos. [...]

Vor der Einführung von Elektroautos müssen deshalb eine Reihe von Vorkehrungen getroffen werden, um diese negativen Nebeneffekte zu vermeiden oder zu minimieren. [...] Solange diese Voraussetzungen [...] nicht erfüllt sind, führt die Förderung oder Subventionierung von Elektroautos zur Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit zum Gegenteil des Beabsichtigten.“

Quelle: [www.upi-institut.de/upi79\\_elektroautos.htm](http://www.upi-institut.de/upi79_elektroautos.htm)

(5) Der Pkw-Verkehr hat die groteske Eigenart, dass sich bei ihm die Durchschnittsgeschwindigkeit in dem Maß reduziert, wie die Pkw-Dichte zunimmt. In Los Angeles gibt es die höchste Pkw- und Highwaydichte; die durchschnittliche Geschwindigkeit bei Pkw-Fahrten ist auf die eines sportlichen Radfahrers gesunken (knapp 20 km/h).

Auch wenn es also gelänge, die CO<sub>2</sub>- und Umweltbilanz von E-Autos deutlich zu verbessern, spricht nichts dafür, die individuelle Massenmobilität auf Pkw-Basis weiter aufrechtzuerhalten. Elektromobilität existiert seit mehr als 100 Jahren als schienengebundener ÖPNV. Jede ernsthafte Verkehrswende muss hierauf aufbauen. E-Autos wären sinnvoll einsetzbar bei Kleinlieferwagen im Nahbereich, bei Rettungsdiensten und bei Taxen.

Die Verkehrswende muss eine radikale Reduzierung des Kfz-Verkehrs zum Ziel haben und auf den Vorrang von ÖPNV und nicht-motorisiertem Verkehr setzen. Beginnen muss das Ganze in den Städten. Nichts deutet darauf hin, dass sich dies gegen die Interessen der Automobilindustrie durchsetzen lässt.

## Klimaschutzfond-Mittel effizienter einsetzen

Im vergangenen Jahr hatte die Ratsfraktion Die Linke/BSG mit einem Antrag angeregt, die Fördermittel des Klimaschutzfonds gezielter einzusetzen. Hintergrund war die Kürzung der zufließenden Mittel durch die SVO. Deshalb solle, so die Argumentation der Fraktion, vorrangig dort gefördert werden, wo die größte CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu erwarten sei. Die Verwaltung legte dazu im März einen differenzierten Überblick vor – und der Umweltausschuss beschloss eine „Anpassung der Fördersätze an die erreichbaren Klimaschutzeffekte“.

Unter Effizienzgesichtspunkten schneidet bei der Aufstellung der Verwaltung die Photovoltaik am Besten ab (siehe Tabelle). Jeder Euro aus dem Fördertopf brachte rechnerisch eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 1,51 kg/a (Kilogramm im Jahr). Gleichzeitig war die pro Fördereuro angeregte Investition mit 15,91 Euro am zweithöchsten. Insgesamt wurden von 2011-2015 90 Objekte gefördert.

Auf Platz zwei und drei hinsichtlich des Verhältnisses von eingesetztem Euro zu CO<sub>2</sub>-Einsparung liegen Erdwärme (0,91 kg/a) und Solarthermie (0,69 kg/a). Die angeregten Investitionen sind mit 14,44 bzw. 13,49 Euro ebenfalls recht hoch. Allerdings wurden diese Techniken mit 40 bzw. 33 Anträgen weniger nachgefragt.

Die mit 214 größte Zahl der Förderobjekte und der in der Addition größte CO<sub>2</sub>-Minderungseffekt ergab sich im Förderbereich der Energieeffizienz von Einfamilienhaus-Gebäuden; dabei zeigt sich, dass aus Kostengründen überwiegend Teilsanierungen durch Dachdämmung, Fassadendämmung oder Austausch von Fenstern vorgenommen wurden. Zu echten Vollsanierungen der Gebäudehülle kam es bislang in 24 Fällen. Diese sind mit 0,62

kg/a pro eingesetztem Euro doppelt so effizient wie die Teilsanierungen (0,31 kg/a). Genauso verhält es sich mit den pro Euro generierten Investitionen (15,88 Euro bzw. 8,21 Euro).

Bei den insgesamt 12 bezuschussten Mehrfamilienhäusern waren die auf einen Euro Fördermittel geflossenen Investitionen mit 21,59 Euro am Größten. Der Effizienzfaktor liegt mit 0,55 Euro im Bereich der Vollsanierungen bei Einfamilienhäusern.

Am schlechtesten schnitt das aus dem Klimaschutzfonds mit 420.000 Euro geförderte Blockheizkraftwerk im Klärwerk ab. Pro eingesetztem Euro wurde eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 0,26 kg/a erzielt. Abgesehen davon, dass sich der Rat hier zur Haushaltsentlastung am Klimaschutzfonds bedient hat, wird hier ein systematische Problem deutlich. Wäre nur mit der Hälfte des Betrages gefördert worden, hätte sich der Effizienzfaktor verdoppelt. Deshalb ist unter Effizienzgesichtspunkte auch eine Betrachtung des Verhältnisses von Gesamtinvestition zu eingesparten kg/a CO<sub>2</sub> sinnvoll. Und da liegt das Blockheizkraftwerk dann im Bereich der Erdwärme.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse will die Verwaltung die Förderrichtlinie überarbeiten. Das „Windhund“-Prinzip bei der Antragstellung soll abgeschafft und Antragsfristen eingeführt werden, wobei dann Fördermittel auch nach Effizienzkriterien vergeben werden sollen. Um die Breite der Förderung sicherzustellen, werden gleichzeitig Teilbudgets geschaffen. Alles in allem ein vernünftiger Weg, um die künftig rund 155.000 Euro Fördermittel zielgerichtet einzusetzen.

Förderbereich	Anzahl	Investition	Zuschüsse	Invest je 1 €	Einsparung kWh/a	Minderung kg CO <sub>2</sub> /a	je 1 € Zuschuss	je 1 € Invest
EFH	214	6.131.767	661.406	9,27	939.000	234.750	0,35	0,038
davon Teilsanierung	190	4.683.867	570.217	8,21	712.200	178.050	0,31	0,038
davon Vollsanierung	24	1.447.900	91.188	15,88	226.800	56.700	0,62	0,039
MFH	12	4.757.786	220.357	21,59	482.600	120.650	0,55	0,025
Sonderobjekte	21	1.369.600	178.660	7,67	182.650	45.663	0,26	0,033
Photovoltaik	90	1.748.993	109.959	15,91	587.359	165.635	1,51	0,095
Solarthermie	33	391.910	29.051	13,49	79.900	19.975	0,69	0,051
Erdwärme	40	1.079.857	74.794	14,44	380.000	68.210	0,91	0,063
BHKW Klärwerk	1	1.800.000	420.000	4,29	390.000	109.980	0,26	0,061
Sonstiges	15	804.452	347.099	2,32	n.a.	n.a.		



----- 30.01.2016 -----

## Friedensmarsch

Rund 400 Menschen beteiligen sich am Ende an einem „Friedensmarsch“ von Burgdorf nach Celle; Motto des vom Ezidische Kulturzentrum Celle (EKZ) angemeldeten Protests: „Für ein sofortiges Ende der Ausgangssperren und des Krieges in Nordkurdistan.“

----- 18.02.2015 -----

## ver.di fordert 6 %

Mit der Forderung nach sechs Prozent mehr Geld und einer Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro pro Monat geht die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in die Tarif- und Besoldungsrunde 2016 des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen. „Wir werden in der Tarifrunde 2016 für mehr Geld bei kommunalen Arbeitgebern kämpfen und für eine bessere Ausbildung im Öffentlichen Dienst“, kündigt Bezirksgeschäftsführer von ver.di Lüneburger Heide, Matthias Hoffmann, an. „Seit November bereiten wir uns auf die neue Tarifrunde vor und haben in zahlreichen Vorbereitungsrunden mehrere hundert Mitglieder mobilisiert“, erklärt er. Die Tariflohnentwicklung im öffentlichen Dienst liegt laut ver.di im Vergleich zum Durchschnitt der Gesamtwirtschaft weiter zurück. Zudem laufen die Regelungen zur Altersteilzeitarbeit und zur Übernahme der Auszubildenden aus. Bundesweit geht es um die Einkommen von rund 2,14 Millionen Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen. Nach dem Start am 21. März sind weitere Verhandlungen für den 11./12. sowie für den 28./29. April in Potsdam vorgesehen. - Rechts ein Foto von ersten Aktionsplanungen in Celle.

----- 18.02.2015 -----

## Generäle abgesetzt

Mit einem Grundsatzbeschluss wollte Oberbürgermeister Mende, den Ortsrat Klein-Hehlen dazu bewegen, in Sachen Rommel und Stülpnagel endlich der fälligen Straßennamensumbenennung zuzustimmen. Nachdem er für diese Strategie im Rat kaum noch auf eine Mehrheit hoffen konnte, wurde der Punkt in der Februar-Sitzung abgesetzt. Der Beschlussvorschlag lautete: „Der Rat beschließt, dass Wehrmachtsgeneräle [...] nicht durch eine Straßenbenennung geehrt werden sollen.“ Die CDU stimmte schon im Kulturausschuss dagegen, die "Unabhängigen" sind als Wehrmacht-Fanclub bekannt - und als dann noch Bündnis '90/Die Grünen sich zu Rettern der Souveränität der Ortsräte aufschwung und den Beschlussvorschlag um das Wort "zukünftig" ergänzt haben wollte, war die Strategie dahin. Sicher hätte der Rat damit den Ortsrat bevormundet, aber in der Sitzung wies Oliver Müller (BSG) zu Recht darauf hin, dass von Ortsräten niemand die Fähigkeit zu erinnerungspolitischen Diskursen erwartet hat, als ihnen in der geänderten Kommunalverfassung das Recht der Straßennamens(-)benennungen zugesprochen wurde. So endet, was durch eine mit ausgewiesenen Experten besetzte Kommission seriös vorbereitet wurde, in einer hochgradigen Peinlichkeit. Letztlich verantwortlich zu machen aber ist die CDU-Fraktion, in der einige lieber auf Wähler\*innenstimmen am rechten Rand schielen. als geschichtspolitische Selbstverständlichkeiten zu akzeptieren: dass nämlich Rommel und Stülpnagel Verbrecher waren.



----- 21.02.2015 -----

## Zahlenmagier

„Wer Bilanzen lesen kann, sieht, dass es möglich ist, innerhalb von drei Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren.“ So verlautbarte der CDU-Oberbürgermeisterkandidaten Jörg Nigge vor dem Gewerbeverein Groß Hehlen-Scheuen-Hustedt. Schon jetzt geht das Gerücht, Nigge könne Rubiks Zauberwürfel in drei Sekunden lösen.

----- 23.02.2016 -----

## Geplatze Seifenblase

Auf dem Bürgerempfang im Januar hatte OB Mende verkündet: „Für den Februar hab ich mich mit dem Innenministerium in Hannover verabredet, um eine weitere Entschuldung der Stadt zu erörtern und möglichst zu vereinbaren. Ich habe die Hoffnung, dass dieses Gespräch auf fruchtbaren Boden fallen wird.“ Diese Initiative platzte schneller als jede Seifenblase. Der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Adasch fragte die Landesregierung, was sie davon hält. Die Antwort in Kurzform: Gar nichts. In Langform: Die Stadt Celle habe bis zum Stichtag 31. März 2013 keinen Antrag auf eine Zins- und Tilgungshilfe gestellt, was zudem eine besondere Finanzschwäche und eine starke Belastung durch Liquiditätskredite voraussetze. Die Stadt Celle gehört nach Auffassung der Landesregierung nicht dazu. Und dann wörtlich: „Vor dem Hintergrund der in der Vorbemerkung dargestellten Möglichkeiten einer Zins- und Tilgungshilfe besteht derzeit keine Grundlage für eine Entschuldung der Stadt Celle, auf die sich Gespräche und eine Zeitplanung beziehen könnten.“ - Ein schlechter Start für Mendes Wahlkampf, wo sein Konkurrent Jörg Nigge zudem vorgibt, durch bloßes Lesen (siehe oben) in nur drei Jahren einen schuldenfreien Haushalt herbeizaubern zu können.

----- 24.02.2016 -----

## BW am KAV

Nicht zu ersten Mal, aber leider wieder führte der 11. Jahrgang am KAV-Gymnasium im Februar das Bundeswehrplanspiel „Pol&IS“ [= Politik & internationale Sicherheit] durch. Es handele sich – so ein Bericht in der CZ – um eine „von der Bundeswehr angebotene Simulation internationaler Politik und Sicherheit, die den

politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aufbau der Welt in vereinfachter Form darstellt.“ Selbstverständlich geht es vordergründig nicht um die Durchsetzung deutscher Interessen, zu denen – laut Weißbuch – der „freie und ungehinderte Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes“ zählt. Nein, die Ziele – laut CZ – waren: „Umweltschutz, Abschaffung von Billigarbeitern [sic!] und wirtschaftliche Stabilität durch internationale Bündnisse“. Aber: „So schnell die ersten Ziele gefasst waren, so schnell erwiesen sie sich als utopisch“. Kein Wunder im Rahmen einer kapitalistisch dominierten Weltwirtschaftsordnung, oder? Wie schön aber, dass es Atomwaffen gibt: „Spätestens die Stationierung russischer und chinesischer Atomwaffen an der Grenze Zentralasiens habe letztlich das Machtstreben beendet.“ Ja, ja – das gute alte Gleichgewicht des Schreckens.

Das geopolitische Planspiel wird in der Regel von Jugendoffizieren der Bundeswehr betreut. Von ihnen allerdings war in dem CZ-Bericht vom 24. Februar nichts zu lesen und zu sehen. Gut getarnt halt.

Vor einigen Jahren ergab sich für Antimilitarist\*innen mal die Möglichkeit, „Pol&IS“ mitzuspielen. Ihr Bericht findet sich unter <http://www.imi-online.de/2010/10/25/planspiel-polis/>. Ihr Fazit: „Pol&IS gelingt auf Grundlage von systemimmanenten und herrschaftsorientierten Rahmenbedingungen ein schwieriger Balanceakt: kritisch und bisweilen regelrecht progressiv, um linksliberaler Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, aber nicht so kritisch – bzw. realistisch –, dass ansonsten grundsätzliche Fragen oder sogar die Systemfrage gestellt werden müsste; nicht allzu offen militaristisch, in Ansätzen sogar „friedensfördernd“, gleichzeitig aber Korridore absteckend, die das Militär als unverzichtbare Notwendigkeit legitimieren helfen.“

----- 27.02.2016 -----

## Nicht wegdiskutieren

Schon zum dritten Mal in diesem Jahr ist vor Flüchtlingsunterkünften in Eschede eine Brandstiftung passiert. Ende Februar wurde in der Reberlacher Straße ein Restmüllsack angezündet, der in einem Holzverschlag neben mehreren Mülltonnen abgelegt war. Der Holzverschlag grenzt unmittelbar an die Außenwand des Wohnhauses,

in dem sich die Räume eines Jugendtreffs und vier Wohnungen von Asylbewerbern befinden. Das Feuer konnte von den Anwohnern gelöscht werden. Der derzeitige Ermittlungsstand ergebe laut Polizei keine Anhaltspunkte auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund, den man aber auch nicht ausschließen könne. Bereits am Silvestermorgen brannten zwei Mülltonnen in der Nähe derselben Asylbewerberunterkunft. Ende Januar brannte schließlich Müll vor einer Asylbewerberunterkunft an der Königsberger Straße. „Das ist eine ungewöhnliche Häufung. Das kann man nicht wegdiskutieren“, räumte Polizeisprecher Thorsten Wallheinke ein.

----- 03.03.2016 -----

## Teurer Stinkefinger

Gegen Zahlung eines Strafbefehls in Höhe von 800 Euro wurde Ende Februar ein Verfahren gegen Robert M. wegen Beleidigung eingestellt. Der Beschuldigte hatte bei der Anreise zum sogenannten Erntedankfest auf dem Hof Nahtz in Eschede einer kleinen Gruppe von Gegendemonstranten einen „Stinkefinger“ gezeigt. Wie die CZ berichtete, gab M. vor Gericht an, politisch „neutral“ zu sein. Zur Selbstverteidigung führte er an: „Statt dem 'Stinkefinger' hätte ich ja auch massivere Straftaten begehen und den Leuten Pflastersteine ins Gesicht schlagen können.“

----- 03.03.2016 -----

## Wenn ich ein Turnschuh wär, ...

„Initiative wirbt für offene Grenzen“, lautete die Überschrift einer kleinen Meldung in der CZ. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lüthmann und Udo Schiefner hatten in Berlin die Unterschriftenaktion „Bündnis offenes Europa“ vorgestellt. Darin machen mehr als 50 Unterzeichner\*innen klar, dass mit geschlossenen Grenzen kein Staat zu machen sei. In der Erklärung heißt es: „Ein klarer Blick auf die ökonomischen Zusammenhänge in Europa verbietet jeden Ruf nach geschlossenen Grenzen!“ - Selbstverständlich geht es nicht um Menschen, sondern um Waren und die offenen Grenzen im Schengen-Raum. Es gehe um Milliardenbeträge; Transport und Logistik in Europa würden durch nicht planbare Verzögerungen massiv belastet. Ganze Lieferketten stünden

in Frage. - Derweil saßen in Griechenland über 10.000 Geflüchtete fest und wurden daran gehindert, dieses Europa mit seinen offenen Grenzen zu betreten. Da fallen uns Die Goldenen Zitronen ein und ihr Text: „Über euer schein Mittelmeer käm ich, wenn ich ein Turnschuh wär. / Oder als Flachbild-Schein – ich hätte wenigstens ein' Preis. / Es gäb' für uns kein Halten mehr, wir kämen immer nur schneller her. / Ich seh die Waren zieh'n, ohne zu flieh'n gehen sie an Land.“

----- 17.03.2016 -----

## Kinder, Kinder

Rund 350.000 Euro Mehreinnahmen beabsichtigte die Verwaltungsspitze zu erzielen, indem der Elternanteil an den Betriebskosten der Kindertagesstätten von 25 auf 27,5 % erhöht und dann mit gestaffelten Gebühren auf die/den Einzelnen umgelegt wird. So kurz vor den Kommunalwahlen im September wollte die CDU da nicht mitspielen; erstmal bleibt fast alles beim Alten.

Minimal erhöht wurde der Stundensatz für Tagespflegepersonen von 3,90 auf 4,10 Euro. Wählergemeinschaft und Die Linke/BSG kritisierten dies als zu gering. Für letztere argumentierte Oliver Müller: „Die Forderungen der Tagespflegemütter liegen deutlich höher. Warum? Doch deshalb, weil sich hier ein Berufsbild ergeben hat. Das heißt: Tagespflege ist heute etwas anderes als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Deshalb wurde seitens der Tagespflegepersonen doch eine Erhöhung auf fünf bzw. sechs Euro gefordert. Wo die Tagespflege zur Existenzgrundlage wird, reicht der Stundensatz eben nicht aus, um zum Beispiel Alterssicherung zu betreiben.“



## „Wäre der Geruch nicht gerade der von Metzgern“



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Oma Lilo** (*an die Dicke gewandt*): Wir sollten Männern das Wahlrecht entziehen.

**Der lange Lulatsch**: Macht mal, ich brauch's nicht.

**Die Dicke**: Was wäre denn damit gewonnen?

**Oma Lilo**: Männer stellen über 60 % der AfD-Wählerschaft. Ansonsten tendieren Frauen mehr zu den Regierungsparteien, d.h. ohne Männerstimmrecht hätte erstaunlicherweise jede Regierungskoalition überlebt.

**Der lange Lulatsch**: Würden nur Frauen wählen, könnte der Urnengang also gleich abgeschafft werden, oder was?

**Oma Lilo** (*wendet sich mit eingeschnappter Miene ab*)

**Der lange Lulatsch**: Viel dramatischer ist doch, dass die Proleten ihre Ketten mal wieder „vaterländisch polieren“, wie es Ernst Bloch für die Situation nach der Weltwirtschaftskrise 1929 beschrieb. 36 % der Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt, 30 % in Baden-Württemberg und 25 % in Rheinland-Pfalz haben die AfD gewählt. Bei den Arbeiter\*innen sieht es ähnlich aus: 35 % SA, 28 % in BW und 23 % in RP. Und die AfD ist besonders stark bei den Wähler\*innen unter 44 Jahren.

**Die Dicke**: Kriegen die nicht mit, dass die AfD Hartz IV senken, Mindestlohn weghaben und den Arbeitgeberanteil bei Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung abschaffen will? Der Programmwurf der AfD liest sich doch wie ein feuchter Traum aller konservativen Superreichen. Dabei ist dies bei weitem nicht alles. Hinzu kommen die Abschaffung der Erbschafts- und Grunderwerbssteuer sowie die Absenkung der Steuern auf 25 Prozent für alle; demnach wäre es völlig egal ob jemand 17 Millionen oder nur 500 Euro im Jahr verdient, alle würden den gleichen Steuersatz zahlen.

**Oma Lilo**: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber.

**Der Besserwisser**: Das hatte der eben schon erwähnte Bloch ja ein bisschen dialektischer gewendet: „*Man würde hier jene Kälber sehen, die ihre Metzger selber wählen, wäre der Geruch vieler dieser Kälber nicht gerade der von Metzgern.*“

**Die Dicke**: Das stimmt wohl leider. Für jene, die Flüchtlingsunterkünfte attackieren, dürfte die AfD erste Wahl gewesen sein.

**Der lange Lulatsch**: Aber lasst uns kurz noch bei den Arbeitslosen und Arbeiter\*innen bleiben. Wir haben immer beklagt, dass sie nur unterdurchschnittlich zur Wahl gehen, ...

**Der Besserwisser**: ... ich nicht ...

**Der lange Lulatsch**: ..., und jetzt wählen sie nicht nach ihren Interessen sondern – nach was eigentlich: Protest?

**Der Besserwisser**: „*Schlagen um sich, besonders nach unten, wohin sie zu sinken drohen. [...] Aber viele verbessern sich jetzt, blonden Haares, auch innerlich. Der kleine Mann fühlt sich gern adlig, das ersetzt ihm den Aufstrich aufs Brot. Er fühlt sich [...] bedeutend besser,*



seit er ein Norde ist oder vollwertig in seiner Blondheit wenigstens dem Blute nach.“

**Oma Lilo:** Wieder Bloch?

**Der Besserwisser:** Aus „*Erbschaft dieser Zeit*“ und da – wie passend – aus dem Kapitel „*Sachsen ohne Wald*“ aus dem Jahr 1929.

**Die Dicke:** Zu Rheinland-Pfalz gab es eine Umfrage zur sogenannten „Grundstimmung“. Während bei Parteianhänger\*innen von CDU, SPD und Bündnisgrünen über 60 % „*eher Zuversicht*“ herrschte, überwog bei den LINKEN mit 63 % und bei der AfD mit 89 % „*eher Besorgnis*“.

**Oma Lilo:** Also schon die sogenannten Globalisierungsverlierer, oder?

**Der lange Lulatsch:** Verunsicherte Kerle, die ihre Frauen anbrüllen – im besseren Fall –, und dann plakätieren: „*Die Würde der Frauen ist unantastbar.*“

**Oma Lilo:** Und sie sind in großer Zahl von der LINKEN rübergeschwenkt. Von 28.000 Stimmen, die an andere Parteien gingen, wanderten 22.000 in BW zur AfD, in RP 11.000 von insgesamt 14.000 und in SA 29.000 von 49.000.

**Der lange Lulatsch:** Und die Parteiführung lobte sich – in peinlicher Larmoyanz – dafür, dem Rechtsruck nicht nachgegeben zu haben.

**Die Dicke:** Wir sollten bei diesem Proleten-Bashing aber nicht vergessen, dass sich allein mit den Abgehängten keine zweistelligen Wahlergebnisse erzielen lassen. Der antimuslimische Rassismus der AfD hat seine Basis doch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

**Oma Lilo:** Habt ihr mitbekommen, dass der stellvertretende Vorsitzende des Celler Kreisverbandes der AfD ein junger Rechtsanwalt aus Bergen ist: Daniel Biermann, ein Neffe unseres geliebten ehemaligen Oberbürgermeisters?

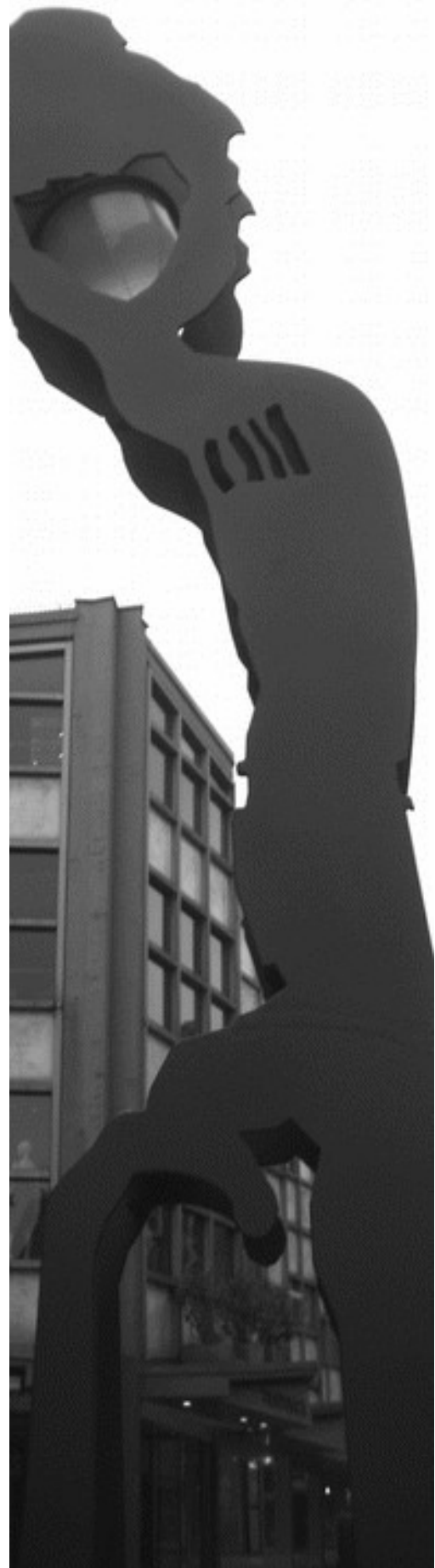
**Der lange Lulatsch:** Das Erstaunliche ist, finde ich, dass der knallharte Kurs der Bundesregierung gegen Geflüchtete diesen Wählerschichten nicht reicht und sie auf ihrem trotzigem „Wir wollen keine Flüchtlinge aufnehmen“ beharren. Da reicht nicht einmal der perfide „Merkel-Plan“.

**Klein Jonas:** Was ist das für ein Plan?

**Der lange Lulatsch:** Offiziell war es ja ein „überraschender“ Vorstoß des türkischen Premiers Davutoğlu – und dabei blieb es für die meisten deutschen Medien ja bis heute. Vorgeschlagen wurde er aber durch die European Stability Initiative (ESI), einem internationalen Think Tank.

**Der Besserwisser:** Der taugt nun wirklich für eine klassische abendländische Tragödie. Griechenland schiebt alle illegal eingereisten Geflüchteten ab, und für jede\*n Abgeschobene\*n nimmt die EU ein\*e Syrer\*in legal auf. Nur also, wenn jemand gänzlich aussichtslos sein Leben riskiert, bekommt jemand ganz anderes die Chance darauf, dem Elend der Flüchtlingslager zu entkommen. Sowas kann man sich auch nur im Abendland ausdenken. Aber das ist schon so absurd, dass man's nicht mal auf die Theaterbühne bringen könnte.

**Oma Lilo:** Sich selbst opfern, um eine\*n gänzlich unbekannte\*n Andere\*n zu retten. Das ist ja nicht einmal ein moralisches Dilemma, das ist eine hochgradige Perfidie. Und die sich diese Konstellation ausgedacht haben, gerieren sich als Bekämpfer des Schlepper(un-)wesens, der humanitären, weil gefahrlosen Einreise – und haben doch nichts anderes im Sinn, als mit diesem Trick die Festung Europa wieder für ein paar Jahre uneinnehmbar zu machen. Irgendwie auch genial.





# Was wir tun und was wir sind – und wie viele?

In einem für die Stadtbibliothek entwickelten „Strategiekonzept“, das im Februar im Kulturausschuss vorgestellt wurde, finden sich einige „interessante“ sozialstatistische Zusammenstellungen. Den größten Unterhaltungswert hat dabei die Kartoffelgrafik des Sinus-Instituts (siehe unten). Marktforschung pur. Die Gesellschaft wird in Zielgruppen für Produkte zerlegt. Dass man/frau dann doch meint, sich in einer dieser Kartoffeln wiederzufinden, hat gesellschaftspolitisch kaum einen größeren Erklärungswert als die Zuordnung zu Sternzeichen.

Die weißen Prozentangaben beziehen sich auf Deutschland, die schwarzen Ziffern unten in der Grafik beziehen sich auf die Stadt Celle. Und wer hätte es gedacht – die traditionellen Orientierungen sind im Vergleich zum Bundesdurchschnitt größer.

Die X-Achse beschreibt Grundorientierung wie Tradition / Bewahren bis zum Wunsch, Grenzen zu überwinden. Die Dimension der Y-Achse beschreibt die soziale Lage im bekannten Schichtenmodell.

Wodurch sich die Milieus in der Grafik unten auszeichnen sollen, beschreibt Sinus so:

## Sozial gehobene Milieus

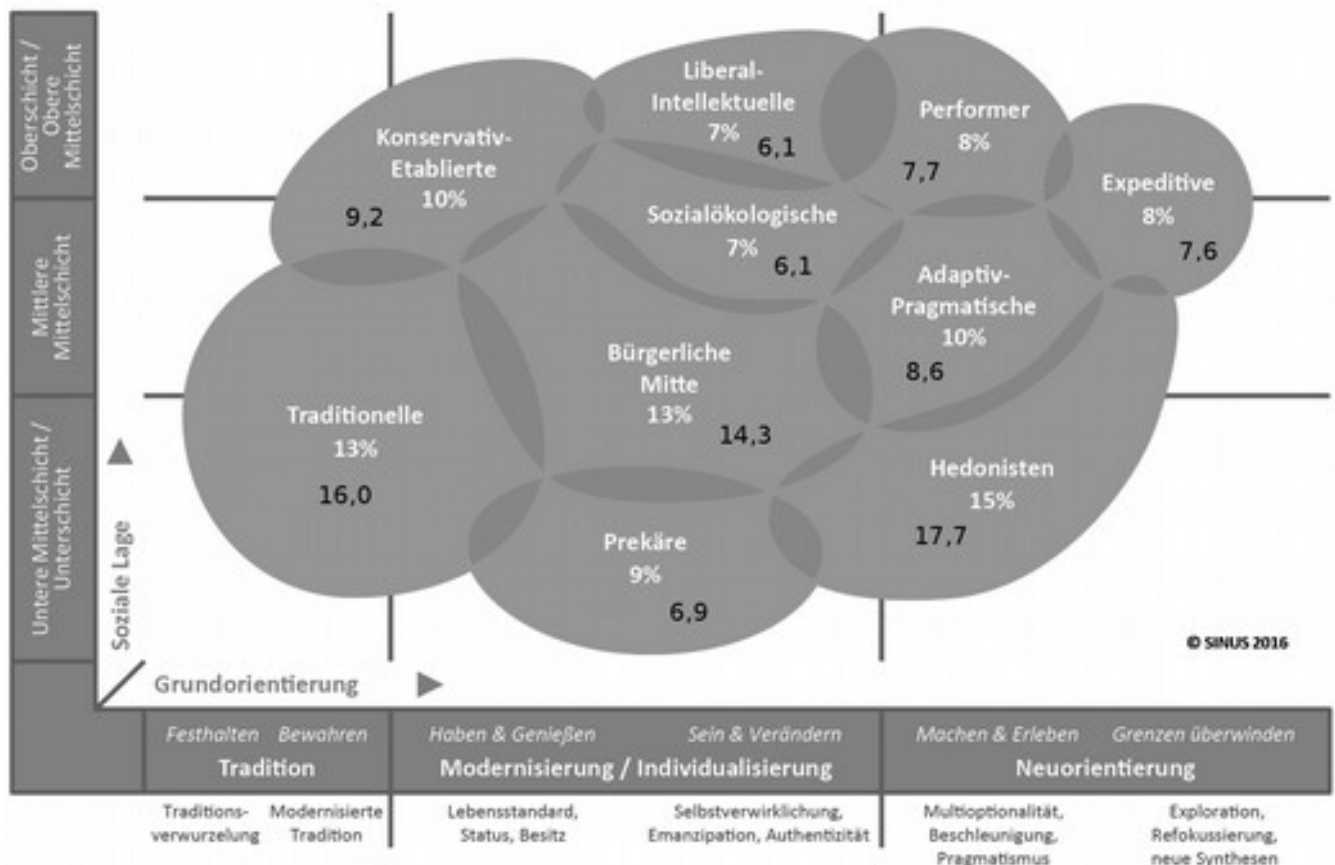
**Konservativ-etabliertes Milieu** / Das klassische Establishment: Verantwortungs- und Erfolgsethik; Exklusivitäts- und Führungsansprüche, Standesbewusstsein; zunehmender Wunsch nach Ordnung und Balance

**Liberal-intellektuelles Milieu** / Die aufgeklärte Bildungselite: kritische Weltsicht, liberale Grundhaltung und postmaterielle Wurzeln; Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstentfaltung

**Milieu der Performer** / Die multi-optionale, effizienzorientierte Leistungselite: globalökonomisches Denken; Selbstbild als Konsum- und Stil-Avantgarde; hohe Technik und IT-Affinität; Etablierungstendenz, Erosion des visionären Elans

**Expeditives Milieu** / Die ambitionierte kreative Avantgarde: Transnationale Trendsetter – mental, kulturell und geografisch mobil; online und offline vernetzt; nonkonformistisch, auf der Suche nach neuen Grenzen und neuen Lösungen

## Die Sinus-Milieus® in Deutschland 2016



## Milieus der Mitte

**Bürgerliche Mitte** / Der leistungs- und anpassungsbereite bürgerliche Mainstream: generelle Bejahung der gesellschaftlichen Ordnung; Wunsch nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen; wachsende Überforderung und Abstiegsängste

### **Adaptiv-pragmatisches**

**Milieu** / Die moderne junge Mitte mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus und Nützlichkeitsdenken: leistungs- und anpassungsbereit, aber auch Wunsch nach Spaß und Unterhaltung; zielstrebig, flexibel, weltoffen – gleichzeitig starkes Bedürfnis nach Verankerung und Zugehörigkeit

**Sozialökologisches Milieu** / Engagiert gesellschaftskritisches Milieu mit normativen Vorstellungen vom „richtigen“ Leben: ausgeprägtes ökologisches und soziales Gewissen; Globalisierungs-Skeptiker, Bannerträger von Political Correctness und Diversity (Multikulti)

## Milieus der unteren Mitte / Unterschicht

**Traditionelles Milieu** / Die Sicherheit und Ordnung liebende ältere Generation: verhaftet in der kleinbürgerlichen Welt bzw. in der traditionellen Arbeiterkultur; Sparsamkeit und Anpassung an die Notwendigkeiten; zunehmende Resignation und Gefühl des Abgehängtseins

**Prekäres Milieu** / Die um Orientierung und Teilhabe („dazu gehören“) bemühte Unterschicht: Wunsch, Anschluss zu halten an die Konsumstandards der breiten Mitte – aber Häufung sozialer Benachteiligungen, Ausgrenzungserfahrungen, Verbitterung und Ressentiments

**Hedonistisches Milieu** / Die spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht / untere Mitte: Leben im Hier und Jetzt, unbekümmert und spontan; häufig angepasst im Beruf, aber Ausbrechen aus den Zwängen des Alltags in der Freizeit

Die Erwerbstätigen sind in folgenden Berufsfeldern tätig:

Beruf (Hauptgruppen )	Stadt Celle , Anzahl
Führungskräfte	1.080
Akademische Berufe	5.640
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	6.270
Bürokräfte und verwandte Berufe	3.850
Dienstleistungsberufe und Verkäufer	5.450
Fachkräfte in Land-/Forstwirtschaft und Fischerei	/
Handwerks- und verwandte Berufe	3.650
Bediener von Anlagen/Maschinen und Montageberufe	1.750
Hilfsarbeitskräfte	2.980

Quelle: Zensus 2011

Pendlerzahlen	In Celle Leben und Arbeiten	Einpendler	Auspendler
30.06.2014	15.243	19.819	8.151

Quelle: Stadt Celle – Statistik

Interessant sind auch die beiden Aufstellungen zu den Haushaltseinkommen (unten) bzw. der Anzahl der in den Berufs-Hauptgruppen tätigen Beschäftigten (oben).

Celle hat danach eine im Vergleich zum Landesdurchschnitt regelrecht „arme“ Bevölkerung. Dass die Kinderarmut fast 10 %-Punkte über dem Landesdurchschnitt liegt und jedes vierte Kind betrifft, ist katastrophal – auch die Jugendarmut liegt 7 %-Punkte über dem Landesdurchschnitt. Und? Wird es ein Thema im Kommunalwahlkampf? Selbstverständlich nicht: Es geht um Fracking, Ostumgehung, Mehrzweckhallen ...

Wie auch. Die Verantwortung liegt bei der Schröder-Fischer-Regierung, bei der Hartz IV-Gesetzgebung, der Schaffung eines Niedriglohnssektors und der gesamtgesellschaftlichen Ignoranz der materiellen Probleme von Alleinerziehenden. Und daran will außer der Partei Die Linke und einigen Wohlfahrtsverbänden niemand rütteln; im Gegenteil: Diese Politik der Massenverarmung wird ja als Grund dafür abgefeiert, dass es „uns“ so gut geht.

In klassisch neoliberaler Sicht wird dies dann noch mit der zynischen Zuschreibung „hedonistisch“ den Betroffenen selbst zugeschrieben.

Immerhin: „Die Bibliothek wird einen Schwerpunkt ihrer Angebote künftig besonders auf die Kinder dieser Milieus richten. In enger Zusammenarbeit und Absprache mit Kindergärten und Grundschulen werden Angebote entwickelt, die ausdrücklich die Kinder dieser Milieus mit ihren Bedürfnissen erreichen sollen.“ (S. 7)

Aus: Bibliotheksprofil in der Kommune. Erfolgreich mit Strategiekonzept. Ein Strategiekonzept für die Stadtbibliothek Celle mit der Zweigstelle Lauensteinplatz 2015 - 2020.

Indikatoren	Celle 2013	Niedersachsen 2013
Bevölkerung (Anzahl)	68.508	7.790.559
Kaufkraft (Euro/Haushalt)	40.901	44.078
Haushalte mit niedrigem Einkommen (%)	51,4	48,8
Haushalte mit mittlerem Einkommen (%)	32,1	33,0
Haushalte mit hohem Einkommen (%)	16,5	18,2
Arbeitslosenanteil an den SvB (%)	12,7	8,8
Arbeitslosenanteil an den ausländischen SvB (%)	30,2	21,9
Arbeitslosenanteil der SvB unter 25 Jahren (%)	11,4	8,1
Kinderarmut (%)	24,7	15,0
Jugendarmut (%)	17,8	10,9
Altersarmut (%)	4,4	3,0
SGB II-Quote (%)	14,8	9,3
ALG II-Quote (%)	12,6	8,0

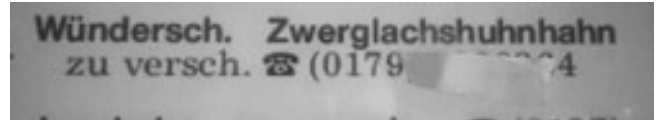
Wegweiser Kommune, 2013

## Im Wald und auf der Heide # 12



1. Nach gnadenloser Recherche, hitzigen Diskussionen in der Leser\*innenbriefabteilung des örtlichen Online-Investigativjournalismus und unqualifizierten Zuruflens aus der Kommunalpolitik – es hatte sich herumgesprochen, Bäume würden regelmäßig einmal im Jahr ihre Blätter abwerfen – ordnet die Verwaltung an, jegliches

Bepflanzen (Straßenbegleitgrün) zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Verkehrskreisel, namentlich für den am Neumarkt. Besorgte Bürger äußerten zudem Bedenken dahingehend, ihnen wäre beim Kaffeetrinken/Zeitungslesen schließlich auch der Blick auf den Kirchturm verstellt. Die Anordnung sieht weiterhin vor, alle infrage kommenden Flächen, auf denen sich am Ende was Grünes auch guerillamäßig (!) ausbreiten könnte, also gewissermaßen an allen Vorschriften vorbei, mit Laminat (Ausführung „Urbi et Obi“, Dekor „Platane“, für EUR 3,95/qm incl. MwSt. + Lieferkosten) zu versiegeln. 1 x im Monat feucht durchgewischt, schon sieht's so schön aus wie zu Haus im Flur!



2. Aus der Reihe „Heimische Tierwelt“. Heute: Der wünderschöne zu verschenkende Zwerglachshuhnahn. Reicht für 2 Personen.

## Vortrag: Andrea Röpcke zu „Völkische Siedler“

Springerstiefel und Bomberjacken waren gestern. Völkischen Siedler/innen kommen anders daher, als harmlos erscheinende alternative Aussteiger\*innen. Aber dahinter steckt rassistisches Denken. Naturschutz ist für sie Heimatschutz, die deutsche „Volksgemeinschaft“ und ihren „Lebensraum“ zu bewahren ist ihr Ziel. Eine Gleichwertigkeit aller Menschen und ein gutes Leben für alle in einer intakten Natur ist dabei ganz und gar nicht ihr Interesse. Sie docken durch ihr Ökogebarren bei Naturschützer\*innen an, da leider häufig eine kritische Auseinandersetzung fehlt. Scheinbar gemeinsame Interessen sollten nicht den Blick auf die Ideologie verstellen. Es handelt sich um extreme Rechte, die sich in Familienverbänden im ländlichen Raum ansiedeln, abgelegene Höfe erwerben, gerne auch mehrere in einem Dorf, und sich auf diese Weise ihre eigene Nazi-Welt erschaffen wollen. In dieser haben fortschrittliche alternative Lebensentwürfe keinen Platz: Eine andere als die klassische sexuelle Orientierung ebenso wenig wie Geflüchtete und Migrant\*innen oder Menschen, die sich politisch anders als im Kontexte der extremen Rechten bewegen.

Völkische Siedler\*innen sind nicht nur in Mecklenburg Vorpommern zu finden, auch in Niedersachsen sind wir damit konfrontiert. In den kleinen Ort Wibbese im Wendland zogen vor gut 5 Jahren neue Nachbarn ein. Erstmal fielen sie nicht weiter auf, sie wollten sich auf dem Land selbst versorgen, sie hielten Tiere und waren „nett“, brachten den Nachbarn Eier vorbei. Aber das Bild änderte sich: es kamen Besucher, die äußerlich schon als Neonazis zu erkennen waren, so ein Nachbar, der sich gegen die Nazis positionierte. Bei den Rechten wurden

Bei den Rechten wurden Sonnenwend- und Julfeste gefeiert, an der Tür des Schuppens hängt ein Schild mit der Aufschrift "Luftschutzbunker" in Fraktur. Aus politischer Sicht gäbe es keine politischen Aktivitäten, es läge "nichts Unrechtes" vor, und dass Freunde aus der Szene zu Besuch kämen, hätte "eher privaten Charakter". So sieht es auch bei der zuständigen Kreisverwaltung. (Das klingt irgendwie, wie die hiesige Bewertung des Treibens auf Hof Nahtz, auf dem sich seit Jahren die extreme Rechte trifft um zu feiern und sich zu vernetzen – alles auch nur Privatvergnügen.) Es zogen dann noch zwei weitere Personen der extremen Rechten nach Wibbese. Im Ort wurde ein Bündnis gegen Rechts gegründet, mit einigem Erfolg: Das Treiben der Rechten wurde öffentlich gemacht, es gibt regelmäßig Veranstaltungen, Arbeitgeber\*innen kündigten den Nazis die Jobs. Schließlich zogen sogar die beiden später zugezogenen Neonazis wieder weg. Aber der Widerstand gegen die extremen Rechten ist schwer. Die Meinungen, wie damit umzugehen soll, gehen weit aus einander. Daran sind alte Freundschaften zerbrochen und die Aktiven gegen Rechts werden von denen, die „Ruhe“ haben wollen, als „Nestbeschmutzer“ bezeichnet.

Andrea Röpcke, freie Journalistin mit dem Themenschwerpunkt Rechtsextremismus, wird über dieses nicht ganz neue Phänomen, das zurzeit eine Art Renaissance erfährt, berichten.

**Mittwoch, 25. Mai, 19.00 Uhr**

Kreuzkirchengemeinde, Windmühlenstraße 45

## „Wir wollen den Betroffenen ein Sprachrohr sein“

Die Premiere hatte „*Fluchtpunkt Celle*“ am Schlosstheater am 18. März – gespielt wird es jetzt noch bis zum 23. April. Peter Schanz ist der Autor dieses „Rechercheprojekts aus der Nachbarschaft“, wie es im Untertitel heißt. Der freiberufliche Autor und Dramaturg kommt eigentlich aus dem Süden, wo er geboren ist und die bei seiner Generation beliebten Fächer Germanistik, Geschichte und Politologie studiert hat. In den Norden verschlagen hat ihn eine jetzt gut 30-jährige Arbeit an und für Theaterbühnen. Er lebt in Neuwittenbek am Nord-Ostsee-Kanal, im nordwestlichen Umland von Kiel.

„*Fluchtpunkt Celle*“ ist das vierte Stück, das Schanz im Auftrag des Schlosstheaters geschrieben und inszeniert hat. Thematisch gibt es dabei immer einen Bezugspunkt zu Celle. Bisher standen Personen im Mittelpunkt: Bei „*Die Prinzessin von Zelle*“ (2012) die Herzogin Sophie Dorothea (bekannt eher als „Prinzessin von Ahlen“), bei „*Altensalzkoth*“ (2013) der Nazi-Verbrecher Adolf Eichmann und bei „*Und Juchheirassa*“ (2014) Hermann Löns. Dabei hat Schanz jeweils deutlich gemacht, dass es ihm um mehr geht als Unterhaltung mit Lokalkolorit, sondern dass er Auseinandersetzungen mit dem Blick aufs Eigene und Fremde befeuern will.

In der Woche vor der Premiere hat er uns für ein Interview zur Verfügung gestanden, das zum Besuch des Stückes einladen und diesen „vorbereiten“ kann. Wahrscheinlich würden seine Antworten hier und da heute anders ausfallen (siehe Kasten rechts).

??: Du hast für „*Fluchtpunkt Celle*“ vor Ort recherchiert. Sehen wir einen Dokumentartheater-Abend?

!!: Ja – in gewisser Weise bestimmt. Zumal „Dokumentartheater“ heute ein deutlich weiteres Feld beackert als in den sechziger und siebziger Jahren. Auf jeden Fall wird es ein Theaterabend, der zum größten Teil aus dokumentarischem Material besteht: aus Erfahrungs-

berichten von Menschen, die – zu unterschiedlichen Zeiten – ihre Heimat verlassen mussten, nach Mitteleuropa flohen und in Stadt und Landkreis Celle landeten. Ganz grob ergibt sich die Struktur aus der Behandlung der alten Fragen: Woher kommen wir? [Wovor und warum mussten wir fliehen?] Wohin gehen wir? [Wo und wie kommen wir an?] Wer sind wir? [Wie verlief unsere

Drei Tage vor der Premiere wurde der regieführende Autor Peter Schanz vom Schlosstheater vor die Tür gesetzt. Andreas Döring als Intendant und Ralph Blase als Leitender Dramaturg erklärten dazu, dass eine Auseinandersetzung über die Frage vorangegangen sei, „wie und mit welcher Erkennbarkeit das Ensemble und die beteiligten Musiker mit Fluchterfahrung [...] künstlerisch einbezogen werden. Diese künstlerische Haltungsfrage wurde von der Regie und der Theaterleitung unterschiedlich bewertet.“ Etwas kryptisch das Ganze; Haltungsfragen kannten wir bisher eher aus der Massentierzucht oder langweiligen Sportdisziplinen. Allzuviel hat sich dann zwischen der öffentlichen Probe unter Schanz und der Premiere ohne Schanz auch nicht verändert. Eine Szene z.B., in der sich die Willkommenskultur darin ausdrückt, dass Geflüchtete mit Kuscheltieren beschmissen werden, ist rausgestrichen – aber das hätte das Celler Publikum doch „ertragen“, oder?

Flucht?] Ich habe also in erster Linie mit vielen Leuten, die ihre Flucht ins Celler Land geführt hat, Gespräche geführt, auch mit Leuten, welche ihr Beruf oder ihr [Ehren-] Amt mit Flüchtlingen und/oder Vertriebenen zusammenbrachte oder bringt. Dann habe ich auch viel Archivmaterial ausgewertet, und auch anderes Material, ich will es mal Alltags-Schrott nennen: Kommentare und andere Ent-Äußerungen in den sog. sozialen Medien.

Und dieses vielfältige Material untersuchen wir mit den Mitteln des Theaters. Mit Schauspielern und Musikern. Mit Worten und Tönen. Mit Bildern und Liedern.

??: Wie bist Du mit den Menschen hier aus der Gegend in Kontakt gelangt?

!!: Zunächst die üblichen ersten Schritte: Druckerzeugnisse auswerten und Internet-Recherche. Wen gibt es? Wer macht was? Wo arbeiten welche Initiativen? Dann fängt man an, Mails zu schreiben oder zu telefonieren und sich zu verabreden. Und dann trifft man ja schnell jemand, der einem schnell weiterhilft, oder wenigstens jemanden kennt, der schnell weiterhelfen kann. Und so gelangte ich vom Museum zum Archiv, vom Rathaus zur Zentralen Anlaufstelle, vom Kollegen in der Zeitung zur sudanesischen Garagenuni, vom Historiker im Kaffeehaus zum ezidischen Kulturverein, vom Taxifahrer zur syrischen Wohngruppe, vom Bund der Vertriebenen zum achtzigjährigen ewigen Flüchtlingsmädchen.

??: Hat Dich während der Vorbereitung und der Probenarbeit irgendetwas in und um Celle angenehm oder unangenehm überrascht? !!: Ja, angenehm, sogar sehr angenehm: dass mir so viele Leute so schnell weitergeholfen haben. Dass es eine große Gesprächsbereitschaft gab; dass auch Ämter und Behörden mich zum Beispiel zurückgerufen haben, obwohl sie nur die fremde Telefonnummer eines erfolglosen Anrufversuches auf dem Dis-

Foto: B. Lahola





v.l.n.r.: Tiana Kruškić, Johanna von Gutzeit, Katrin Steinke Quintana, Hevi Yusef, Jürgen Kaczmarek und Jasmin Kruškić.

play sehen konnten. Dass in Celle, offensichtlich anders als in den 90 Jahren, in Politik und Verwaltung, und ganz besonders auch in der Bevölkerung, eine große, selbstverständliche Hilfsbereitschaft besteht. Dass ich niemanden traf, der unserem Projekt reserviert gegenüber gestanden wäre, der gemeint hätte, das Flüchtlings-Thema müsse doch nicht auch noch aufs Theater – ganz im Gegenteil.

??: Neben den gegenwärtig auf der Flucht befindlichen Menschen schaust Du auch auf die Situation der Ezidinnen und Eziden sowie auf die Geschichte(n) der Leute, die nach dem Ende des Faschismus nach Celle geflohen waren: Wie ist da die Hebung der Quellen gewesen?

!!: Von den sog. „Flüchtlings- und Heimatvertriebenen“, die 1945/46/47 in den Landkreis Celle gekommen waren, leben naturgemäß nicht mehr sehr viele. Aber es gibt durchaus noch auskunftsfreudige sehr alte Damen und Herren. Und es gibt eine ziemlich gute, eigentlich sehr gute Quellen-Lage in der Stadt: vor allem im Archiv des Landkreises. Dazu wurden durch die Ausstellung „Fremde – Heimat – Niedersachsen“ von 1999 und in dem hervorragenden Band „Zwischen Heimat und Zuhause“, in der Reihe „Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landkreises Celle“ 2001 von Schulze / Rohde / Voss herausgegeben, beeindruckende Forschungsarbeiten präsentiert. Und Kathrin Panne vom Boman-Museum und Rainer Voss vom Landkreis-Archiv konnten mir auch noch etliche, noch nicht ausgewertete Tonbandaufnahmen zur Verfügung stellen. Nicht zuletzt kam ich auch in

der ezidischen Gemeinde mit hinreichend viel Geduld und freundlicher Hartnäckigkeit zu den erhofften Gesprächen.

??: Auf was können sich die Besucher Deines Theaterabends einstellen? Wird Deine Produktion hier in Celle politisch Position beziehen? Und wie stellt sich das Schlosstheater zu Deiner Arbeit?

!!: Wir nähern uns dem Thema und der viel zu großen Materialfülle mit dem Handwerks-Zeug des Schau-Spielers, manchmal mit dem naiven Blick, dem sich unschuldige Fragen aufdrängen. Wir wollen den Betroffenen ein Sprachrohr sein, und deren Geschichten weiter-erzählen.

Wir werden nicht predigen, aber wir können nicht anders, als parteiisch sein: für die, die unsere Hilfe brauchen. Wir werden nicht eine weitere Talkshow-Runde bieten; stattdessen würden wir gerne einen bescheidenen Beitrag zum Druckkessel-Ausgleich leisten: ein bisschen Dampf rauslassen aus dieser ungeheuer übererregten, aufgepeitschten, allzu wohlfeil und allzeit empörungsbereiten [Medien]-Landschaft. Vielleicht gelingt es uns auch, was ja ganz schön wäre, mit dem einen oder anderen frischen Gedanken aufwarten zu können.

Ansonsten denke ich, man kann sich in den Zeiten der sogenannten „Flüchtlingskrise“ gar nicht ernsthaft mit dem Thema „Flüchtlinge“ beschäftigen, ohne politisch Position zu beziehen.

Die Arbeit am und mit dem Schlosstheater schließlich ist sehr angenehm und konstruktiv. Von Anfang an haben

wir, der Intendant Andreas Döring, seine Dramaturgie und ich gemeinsame Sache gemacht, ich meine: die haben mich ja engagiert, die wollen ja ganz dezidiert diese Arbeit und diese Arbeitsweise.

Die Schauspielerinnen und Schauspieler, mit denen ich in „Fluchtpunkt Celle“ zusammenarbeiten darf, Katrin Steinke Quintana, Johanna von Gutzeit, Jürgen Kaczmarek, Maurizio Miksch, Johann Schibli und Rasmus Max Wirth sind schlicht wunderbar: Sie wollen etwas, sie engagieren sich und hauen sich rein.

Und dass last not least das Theater auch die ganzen Behörden-Angelegenheiten für die Mitwirkung unserer Musiker, soweit deren Asylverfahren noch lange nicht abgeschlossen sind, „ordnungsgemäß“ gebacken kriegt, spricht für die Theaterverwaltung, aber auch für die überraschende Flexibilität der beteiligten Behörden in Stadt und Landkreis.

?: *Nach „Altensalzkoth“ und Deinem Stück über Hermann Löns stellt sich uns die Frage: Bist Du ein „Nordlicht“? - - Bzw. Was sagst Du: Sachsen oder Niedersachsen? Aber im Ernst: Magst Du etwas zur aktuellen Situation von Geflüchteten sagen?*

!!: Ja, in gewisser Weise bin ich wohl in der Tat ein Nordlicht geworden, trotz süddeutsch-oberfränkischer Sozialisation. Ich lebe seit knapp fünfzehn Jahren in Schleswig-Holstein, und ich habe für kein Bundesland so viel gearbeitet, so viele Themen beackert wie für Niedersachsen, nicht nur für Celle und die Heide, sehr viel für Braunschweig, auch ostfriesische und oldenburger Themen.

Und jetzt zu „Sachsen“. Egal, wie letzten Endes der „Verteilerschlüssel“ auf die einzelnen Bundesländer aussieht: 1024 Angriffe, in Worten eintausendundvierundzwanzig Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland innerhalb eines Jahres [2015] sind furchtbar, ein Irrsinn, für den man nach Worten sucht, weil heute so wohlfeil schnell und reflexhaft bereits bei banal persönlichen Befindlichkeiten von „unerträglich“ und „skandalös“ geredet wird.

?: *Theater ist ja mehr als Text,- und Du arbeitest auch in Celle wieder mit einer Band: prima la musica?*

Vielleicht ist „Band“ nicht der richtige Ausdruck. Wir haben sechs Musikerinnen und Musiker auf der Bühne, die mit Ausnahme des musikalischen Leiters Billy Ray Schlag, alle persönliche Flucht-Erfahrung haben: die Kroaten Tiana und Yasmin Kruskic, der Haitianer mit dem holländischen Namen Wilfrid Zaalberg und die Syrer Hevy Yussuf und Adnan Horo, die es im Herbst über die Türkei, Griechenland und die Balkanroute nach Celle in das Lager Scheuen geschafft haben und nun etwas sehr „dezentral“ in Wardböhmen hinter Bergen untergebracht sind. Und sie alle erzählen mit ihrer Musik die Schicksale weiter, die die Schauspielerinnen und Schauspieler uns durch die Texte nahe bringen. Und das gemeinsame Musizieren, das einander die Lieder seiner ursprünglichen Heimat Vorsingen, das ist schon ein Gemeinschaft stiftendes Erlebnis; da schmilzt die Fremd-

heit dahin. Es ist ja oft eine eher abgeschmackte Binse, dass die Musik eine verbindende Sprache sei. Aber es ist einfach so. Wir radebrechen mit Händen und Füßen, es ist oft mühsam, uns mit Worten verständlich zu machen. Und dann singt Hevy, die syrische Musikerin, los – und wir alle denken, nein, wir spüren: Ja, so ist es. Das ist schon ein besonderes Erlebnis, das gibt es auch im Theater-Alltag nicht oft, und es wäre aufs Innigste zu wünschen, dass sich das auch ein wenig auf das Publikum übertragen möge: die große Bereicherung durch die Begegnung mit dem Fremden. Jetzt bin ich wohl etwas pathetisch geworden, aber was soll ich machen - - -

Termine: Fr., 1.4. / Sa., 2.4. / Mo., 4.4. / Mi., 6.4. / Fr., 8.4. / So., 10.4. / Di., 12.4. / Mi., 13.4. / Do., 14.4. / Fr., 15.4. / So., 17.4. / Sa., 23.4.

## flüchtlingsgepäck

einzig geschützt

unter nackter haut

die blinde hoffnung

vom besseren leben

flimmert im display

in den handflächen

wie feuer brennt es

das letzte gut der

entwurzelten ein

besseres leben

leben hinter all den

grenzen

oskar ansull

## Ausstellung – „Systemae Miraculorum“

Blüten, Schoten, Früchte, Samen, Käfer, Schlangen, Echsen in Gläsern: Eingelegt in Öl und gut verschlossen in Schaukästen, Stellagen und auf Regalen angeordnet, wie das Obst und Gemüse im „Einmachkeller“ meiner Kindheit. Aber auch Skelette, Schädel und ein mumifizierter Frosch, der auf einem Sockel unter einer Glasglocke hockt.

Zusammengehalten werden die Objekte durch die Farbe Himmel-/Türkisblau, sie gibt der Ausstellung einen formalen Rahmen: Wir betreten diesen Raum und befinden uns augenblicklich in einer der „Kunst- und Wunderkammern“, die im 14. Jahrhundert erstmals an Fürstenhöfen entstehen und deren Blütezeit im Barock und in der Renaissance liegt.

In diesen Sammlungen mit ihren Tierpräparaten, medizinischen und optischen Geräten, aber auch besonderem Schmuck, besonders geformter Steine, Spielautomaten, Himmels- und Erdgloben, soll ein Abbild der Welt dargestellt werden, an einem Ort, an dem Geschichte, Kunst, Natur und Wissenschaft zu einer Einheit zusammengeführt werden. So stellen sie gewissermaßen eine Frühform des heutigen Museums dar.

Gibt es einen perfekteren Ausstellungsort dafür als die Gotische Halle? Nein.

Ausgangspunkt für die Künstlerin ist zunächst die Zeichnung. Schindlers Entwicklung führt dann über die Malerei zu Skulpturen und Reliefs, bis hin zu Rauminstallationen, die, wie hier in der Gotischen Halle, aus Arbeiten aus vorangegangenen Projekten neu arrangiert und zusammengefasst werden.

Eins von diesen Projekten ist das 2011 am „Zoologischen Forschungsmuseum Alexander König“ gemeinsam mit zwei weiteren Künstlerinnen erarbeitete „Natura artis magistra“, bei dem einige der hier ausgestellten Zeichnungen, Skizzen und Schaukästen entstehen.

„*Nascendo morimur MMXIV*“/Installation 2014: Inspiriert durch das Gemälde des Niederländers Marten van Heemskere (1540), das die Vergänglichkeit des Lebens in Gestalt eines kleinen Kindes darstellt, mit aschfahler Haut, lebt dieses Kind überhaupt noch? entsteht eine Arbeit, die den Ablauf des Lebens in mehreren Stufen

zeigt: Von der Geburt an - symbolisiert durch Straußeneier - bis hin zum Tod, für den die Widder-Schädel im oberen Regalbrett stehen. (Solche Motive der Sterblichkeit dienen im Barock als bildliche Mahnung gegen das vergebliche Streben nach vergänglichem irdischen Gütern und sollen auch im glücklichsten Moment die Anwesenheit des Todes vor Augen führen).

„*Nascendo morimur*“, in etwa „geboren, um zu sterben“, begegnet uns als Motiv auch in der Weihnachtsgeschichte im Neuen Testament: Die Drei Weisen aus dem Morgenland bringen zur Geburt Christi als Geschenke Weihrauch, Myrrhe und Gold, wobei die Myrrhe ein Bestandteil der Salbe ist, mit der Tote einbalsamiert werden, und so also ebenfalls die Anwesenheit des Todes im Moment der Geburt symbolisiert.

Mit ihrer Arbeit „*Isola I*“ (links) zeigt uns Anja Schindler einen Ausschnitt aus der Welt, in die sie sich während ihrer Reisen begibt, wie zuletzt im Januar 2016 nach Ägypten. So entsteht aus verschiedensten eingesammelten Dingen wie Wüstensand, einer eingelegten Schlange, eine eigens für diesen Ausstellungsort angefertigte Installation. Sie erschafft durch die Zusammenführung der Elemente Mensch, Natur und Kunst in dieser Wunderkammer einen Ort des Entdeckens, des Staunens.



Unsere Empfehlung: Unbedingt hingehen! Am besten mehrmals. Demnächst gibt es auch einen Ausstellungskatalog zu kaufen.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 20. April 2016 in der Gotischen Halle des Schlosses. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 20. April 2016 in der Gotischen Halle des Schlosses. Der Eintritt ist frei.

### Anja Schindler

- 1963 geboren in Bremen
- 1984-86 Studium der Kunstpädagogik an der Universität Bremen
- 1986-92 Studium an der Hochschule für Künste Bremen
- 1990 Auslandssemester an der Accademia di Belle Arti, Perugia/Italien
- 1992 Übersiedlung nach Mercatale di Cortona/Arrezzo, Italien
- 2006 Umzug nach Klotten/ Rheinl.-Pfalz
- seit 2010 Künstlerische Leitung der JUKUSCH Jugendkunstschule Cochem-Zell





## Nachrichten vom „Wüninghof“

Der geschichtsträchtige ehemalige Gasthof „Wüninghof“ in Ostenholz ist vom Abriss durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bedroht.

Eine mögliche Zukunft des denkmalwürdigen Gebäudes - der Hof ist seit 1379 belegt - wie der der BI „Hohe Heidmark e.V.“ nahestehende Arbeitskreis „Freunde des Wüninghofs“ kürzlich auf einer Veranstaltung in Ostenholz darstellte.

Im 15. Jahrhundert entstand die vermutlich älteste ländliche Gastwirtschaft in der Lüneburger Heide und befindet sich nach einer umfassenden Instandsetzung in den 1980ern in seiner Grundsubstanz in gutem Zustand.

So könnte das Gebäude angepachtet werden und nach einer schrittweisen Renovierung als Ausstellungsraum über die Natur des Truppenübungsplatzes, für Kunstausstellungen und andere Veranstaltungen, wie z.B. Dorffeste, genutzt werden.

Seit ca. drei Jahren bemüht sich die BI „Hohe Heidmark e.V.“ um einen Pachtvertrag. Nach anfänglichen halben Zusagen und Vertröstungen auf Morgen steht der Hof weiterhin auf der Abrissliste, trotz eines vorgelegten Nutzungskonzepts der BI. Auch würde eine Nutzung dieser bauhistorischen Perle keinesfalls die militärische Nutzung des Übungsplatzes einschränken.

Ein Abriss wäre ein schwerwiegender Eingriff in die Kulturgeschichte dieser Region.

Die BI „Hohe Heidmark e.V.“ setzt nun alles daran, den Abriss zu verhindern und hat deswegen u.a. Kontakt zu Lars Klingbeil (SPD), Kollege von Henning Otte (CDU) im Verteidigungsausschuss, aufgenommen. Wenn das mal was wird.

## DGB-MAI-Zeitung

Die DGB-Region Nordost-Niedersachsen macht ihre eigene MAI-Zeitung. Statt Bleiwüsten wie im bisher mit anderen Regionen getragenen Projekt ist das Blatt anschaulicher und die Artikel sind zugleich lokal und global. Es geht u.a. um Fracking, Mangel an Pflegekräften, Tarifrunden Gebäudereinigung und Metall, Geflüchtete und Rassismus, Konversion Truppenübungsplatz, Protest gegen Waffenexport und Spenden für eine Feuerwehr in Rojava.

## Zeugnisse aus dem KZ Holzen

Im April 1945 fand eine Anwohnerin in der Nähe des Celler Bahnhofs eine Mappe mit Dokumenten aus dem Außenlager Holzen des KZ Buchenwald. Sie enthielt 150 Zeichnungen, angefertigt vom Franzosen Camille Delétang, sowie handschriftliche Aufzeichnungen seines Landmanns Armand Roux. Beide wurden in Bergen-Belsen befreit, doch ihre Zeugnisse blieben jahrzehntelang verschwunden.

Die Ausstellung „Wiederentdeckt“ präsentiert den einzigartigen Quellenbestand, der überraschend im Sommer 2012 auftauchte, und zeichnet ihren Weg von der Entstehung 1944/45 über den Verlust während des Massakers von Celle im April 1945 bis zur Wiederentdeckung nach.

Gotische Halle im Celler Schloss

Eröffnung: Sonntag,  
8. Mai 2016, 11.30  
Uhr

Laufzeit: 10. Mai bis  
19. Juni 2016

Begrüßung: Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende, Dr. Stefan Hördler, Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Einführung: Dr. Jens-Christan Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten



## Die BI Flotwedel zeigt

### Filme der Hoffnung

Die BI Flotwedel zeigt im März, April und Mai drei Filme mit Beispielen für nachhaltige Landwirtschaft aus aller Welt. Gezeigt werden die Filme im Braugasthaus Mühlengrund in Wienhausen – Einlass ist jeweils um 19 Uhr, Beginn um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei.

#### Do., 31. März - Der Bauer & sein Prinz

Ein Film über Prinz Charles und „seinen“ Farmmanager David Wilson sowie die Vorzüge ökologischen Landbaus (D 2015, 80 Min.)

#### Do., 28. April - Voices of Transition

Die Dokumentation von Niels Aguilar über Beispiel des Umbaus in Großbritannien, Frankreich und Kuba lief in Anwesenheit des Regisseurs schon mal im Kino achteinhalb. (F/D 2012, 66 Min.)

#### Do., 26. Mai – Ehrfurcht vor dem Leben

Dokumentation über die symbiotische Landwirtschaft, die Antworten darauf geben will, welches Leben wir den Tieren schulden, bevor „wir“ sie töten. (D 2011, 35 Min.)

## 4 TAGE - 4 FILME

### Das kleine Filmfestival in Halle 16

Im Rahmen der Aktionswochen gegen Rechtsextremismus werden in Halle 16 vier Filme gezeigt; Beginn jeweils 19.30 Uhr - der Eintritt ist frei.

#### Der schwarze Nazi

Montag, 18.04.2016

Der Kongolese Sikumoya, der sich auf seine Einbürgerung vorbereitet, passt sich unter dem Druck von Rassismus und Vorurteilen immer stärker an die "deutsche Kultur" an. Doch irgendwann ist es zu viel. Er bricht zusammen. Im Koma ereignet sich dann die Metamorphose. Sikumoya ist nun der scheinbar "perfekte Deutsche". Er überholt die Neonazis einfach von rechts und beginnt ihnen Teile ihrer absurden Ideologie streitig zu machen. (Regie: Tilman König, Karl-Friedrich König, 2014/2015)

#### Er ist wieder da

Dienstag, 19.04.2016

Adolf Hitler (Oliver Masucci) erwacht 69 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mitten in Berlin. Was ist mit Deutschland in der Zwischenzeit geschehen? Überall Ausländer, Demokratie und Euros, das gefällt dem Ex-Diktator gar nicht. Doch niemand glaubt, dass er wirklich zurückkehrt ist, alle halten ihn für einen Imitator – einen verdammt witzigen. Es dauert nicht lange, und er ist wieder da. (Regie: David Wendt, 2015)

#### Leroy

Mittwoch, 20.04.2016

Leroy ist ein 17-jähriger Junge und lebt in Berlin. Er ist musikalisch talentiert und eher schüchtern und zurückhaltend. Mit einem Vater, der seine Zeit mit Erfindungen von zweifelhaftem Nutzen verbringt, einer links-liberalen Mutter und einer aufdringlichen Nachhilfeschilderin ist Leroy eigentlich ausgelastet, als er sich ausgerechnet in die schöne Eva verliebt. Als sie seine Zuneigung erwidert, könnte das Glück nicht perfekter sein. Doch Leroy ist zwar Deutscher, aber schwarz und hier beginnen Leroy's Probleme. (Regie: Armin Völckers, 2006)

#### Heil – Der Film

Donnerstag, 21.04.2016

So hat sich der Schriftsteller Sebastian Klein (Jerry Hoffmann) seine Lesetour wohl nicht vorgestellt. Bei seiner Ankunft im ostdeutschen Nest Prittwitz bekommt der Afrodeutsche von den lokalen Neonazis direkt einen Schlag auf den Kopf verpasst, woraufhin er sein Gedächtnis verliert und fortan nur noch das nachredet, was ihm vorgesagt wird. Das weiß Sven (Benno Fürmann), der Anführer der rechten Bande, prompt für seine Zwecke zu nutzen. (Regie: Diedrich Brüggemann, 2014/2015)



### Asyl-Monologe

#### von der Bühne für Menschenrechte

Das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus beteiligt sich an den Aktionswochen gegen Rechtsextremismus und hat die Bühne für Menschenrechte mit ihrem Stück „Asyl-Monologe“ nach Celle eingeladen.

Die Asyl-Monologe erzählen von Ali aus Togo, von Freunden liebevoll Präsident genannt, Felleke aus Äthiopien, der erst willensstark Abschiebeversuche verhindern muss, um dann einen Menschenrechtspreis überreicht zu bekommen, und Safiye, die nach Jahren der Haft in der Türkei und einer absurden Asylablehnung sich für das Lebensbejahendste überhaupt entscheidet: sie schenkt einem Sohn und einer Tochter das Leben. Hautnah werden die drei Lebensgeschichten erzählt. Jede für sich bewegend und einzigartig.

Die Asyl-Monologe erzählen von Schritten hin zu Gerechtigkeit, indem sie nicht nur die Werdegänge von Flüchtlingen und Asylsuchenden inklusive der zunächst normalen Lebensläufe in ihrer Heimat, der Fluchtursachen und ihrer Erfahrungen mit dem deutschen Asylsystem darstellen, sondern vor allem Geschichten von Trennungslinien und Koalitionen, von Feigheit und Mut, von Konflikten und Solidarität sind.

Asyl-Monologe beruhen auf dem Konzept des dokumentarischen Theaters: Wortgetreue Texte, die auf Interviews beruhen, verleihen den Stimmen sonst ungehörter Menschen Gehör.

Das dokumentarische Theaterstück „Asyl-Monologe“ wurde von der „Bühne für Menschenrechte“ auf Grundlage von Interviews mit Flüchtlingen und Verfolgten erarbeitet.

Im Anschluss an die Aufführung wird es ein Publikums-gespräch geben.

**Donnerstag, 14. April 2016, Halle 16,  
Beginn 19 Uhr, Eintritt frei.**

„I just want to be improvising. That's what I live for.“

## Josh Smith im Herzog

Auf seiner diesjährigen Europa-Tour macht Josh Smith erneut einen Abstecher in den Herzog Ernst. Am 2. Mai dürfte er dabei auf ein Publikum treffen, das ihn kennt und schätzt. Denn nach 2011, 2012, 2013 und 2015 ist er bereits zum fünften Mal in Celle.

Der heute 36-jährige Josh Smith war mal so etwas wie das „Wunderkind“ des Blues. Aufgewachsen in Südflorida, veröffentlichte er mit den „The Rhino Cats“ schon 14-Jährig seine erste CD. Nach der Highschool gründete er das Trio „Josh Smith and the Frost“. Seit 2002 lebt er in Los Angeles, tourt permanent durch die USA und seit einigen Jahren eben auch durch Europa.

Seine aktuelle CD „Over Your Head“ ist geprägt durch treibenden Blues-Rock. Beim Titelsong liefert er sich ein aggressives Duell mit Joe Bonamassa. Weitere Gäste sind der Gitarrist Kirk Fletcher („And What“) sowie einer der besten Bluesharp-Spieler auf dem Planeten, Charlie Musselwhite („You'll Find Love“). Was zeigt, welche Wertschätzung Smith in der Westcoast-Szene genießt.

Bei seinen bisherigen Auftritten in Celle war der Blues im Repertoire zwar dominant, aber Smith hat auch einige Soulnummern im Stil der 1960er Jahre im Programm. Dazu kommen an Power-Trios orientierte Stücke wie auch funk-jazzige Instrumentals. Smith spielt fast ausschließlich eigene Kompositionen. Mit seinem Gesang muss er sich nicht verstecken, aber das eigentliche Erlebnis ist sein technisch perfektes Gitarrespiel. Er hat einen eigenen Sound, wobei er gern auch mal Größen



Fotos: Christine Maass

des Bluesrock „zitiert“, vor allem aber seinen Kompositionen jeweils ihr spezielles Feeling verpasst.

Von den bisherigen Celler Auftritten gibt es im Internet rund 20 Aufnahmen, alle in hervorragender Qualität (Rainer Damisch sei Dank) – bei youtube unter dem Channel „Herzog Ernst“ und dann über die Suchfunktion. Für jene, die da mal Reinhören wollen, hier drei Tips:

„The Way You Do“ ist ein Slow-Blues in B vom 2011er Album „I'm Gonna Be Ready“. Die alte Story von zwei Menschen, die nicht voneinander lassen können, obwohl es wahrscheinlich für sie besser wäre. Über 11-Minuten ist das „großes Kino“, keine Sekunde langweilig – und ein slowhandiger Tribut an alle drei Kings.

„Bad Side“ ist eine komplex arrangierte, soulige Nummer und ein Höhepunkt des 2015er-Konzerts. Die Band spielt unheimlich dicht zusammen und insbesondere der Bassist Josh Allen beweist seine Extraklasse. Smith spielt ein griffiges Solo, in das er kleine Gimmicks reinpackt.



Vom smoothigen Instrumental „Penace“ gibt es jeweils eine Aufnahme aus 2011 und 2012. Auf Letzterer lässt eine sehr dezent spielende Band, bei der zudem der Bass über die Keyboard-Tasten läuft, viel Raum für das gefühlvolle Spiel Smiths, bei dem er nebenbei einige technische Feinheiten einstreut.

Am besten aber ist, ihr lasst euch am 2. Mai überraschen und überzeugen.

# Unterwerfung als Freiheit

In Ken Loachs zehn Jahre altem Film „It's A Free World“ wird in den Szenen zwischen der Protagonistin Angie und ihrem Vater ein tiefer Riss deutlich, verursacht durch Neoliberalismus (und seine Ideologie). Die tough, alleinerziehende Angie macht ihr Geld mit der Vermittlung illegaler Arbeitskräfte. Ihr Vater Geoff ist den Werten der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Doch die hat der Thatcherismus klein gemacht, und mit ihr Vorstellungen von solidarischem Handeln. „*There is no such thing as society.*“ („*So etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht.*“) Jede\*r ist auf sich allein gestellt und selbst verantwortlich für sein/ihr Geschick.

Mit seinem Buch „*Unterwerfung als Freiheit*“ hat der Politikwissenschaftler Dr. Patrick Schreiner, Gewerkschaftssekretär DGB Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, dieses „*Leben im Neoliberalismus*“ beschrieben und die Dynamik analysiert, mit der seine Ideologie inzwischen große Teile unseres Alltagslebens dominiert.

„Im Neoliberalismus sehen sich die Menschen der Erwartung ausgesetzt, sich permanent selbst zu thematisieren, zu optimieren, darzustellen und zu vermarkten. Sie sollen sich in der Konkurrenz mit anderen durchsetzen. Sie sollen sich als aktiv und attraktiv, als flexibel und anpassungsfähig, als unternehmerisch und wettbewerbsfähig erweisen.“ (105)



Der Autor beschreibt die ökonomische Schule des Neoliberalismus und ihre Wirkmächtigkeit in modernen kapitalistischen Gesellschaften seit Mitte der 1970er Jahre. Angriffsziele der marktfetischistischen Ideologie waren der Wohlfahrtsstaat und die Gewerkschaften: „Sozialabbau und Angriffe auf Gewerkschaften zielen darauf,

die Menschen unmittelbar Marktmechanismen auszuliefern. Nicht zwischenmenschliche Solidarität und sozialer Ausgleich, sondern Konkurrenz und Rivalität werden auf diese Weise zu vorherrschenden Prinzipien. Entscheidend ist dabei allerdings, dass diese Entwicklung aus neoliberaler Sicht nicht als brutal und kalt verstanden, sondern positiv interpretiert wird: als Gewinn an Freiheit, Eigenverantwortung und persönlicher Autonomie. Menschen im Neoliberalismus sollen dessen Regeln und Anforderungen verinnerlichen und als etwas Positives auffassen. Soziale Ungleichheit wird entsprechend als notwendig und unumgänglich, oft sogar als wünschenswert angesehen.“ (22)

Mittwoch, 13. April 2016, 18.30 – 20.30 Uhr

VHS Celle (Saal), Trift 20, Eintritt frei

**Unterwerfung als Freiheit!**

**Leben im Neoliberalismus**

Referent: Dr. Patrick Schreiner

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung NDS

Als Transmissionsriemen der Gehirnwäsche analysiert Schreiner in sieben Kapiteln das, was Adorno „Kulturindustrie“ nannte: Castingshows, Lifestyle und Konsum, Facebook und Co., Sport und Fitness, Stars und Sternchen, Esoterik und Ratgeberliteratur. Abgesehen von all dem Wahnsinn dieser Welten, meint Schreiner eine neue Entwicklung konstatieren zu können. Schon immer hätten sich Klassen in Konsum und „Lebensstil“ gegeneinander abgegrenzt. Das Neue sei, dass es nunmehr auch und gerade „um die Abgrenzung jedes einzelnen Menschen innerhalb seiner eigenen Klasse, Berufsgruppe, seinem Betrieb, Freundeskreis und seiner Familie“ gehe: „Der Drang, sich in Konsum und Lifestyle von anderen Menschen zu unterscheiden, ist umso größer, je näher wir diesen anderen stehen.“ (97)

Die Unterwerfung unter diese Formen und die Vorgaben von Konkurrenz und Markt aber, so Schreiners Fazit, beruhen nicht allein auf Manipulation und Beeinflussung, sondern es sei – im Rahmen der gegebenen Verhältnisse – „ihr Wunsch nach Anerkennung und Akzeptanz, nach Identität und Glück“, der die Menschen treibe. (109) Die Verhältnisse selbst und die Möglichkeit ihrer Veränderung aber geraten so völlig aus dem Blick. „Der Weg zur Knechtschaft“ lautet Schreiners letztes Kapitel – einen Ausweg bietet er nicht an.

Schreiner, Patrick: *Unterwerfung als Freiheit. Leben im Neoliberalismus*. Papyrossa Verlag Köln 2015, 127 S., ISBN 978-3-89438-573-6, EUR 11,90

Foto: Dschungelkönig Menderes (Quelle RTL)

## Politisch motiviertes PKK-Verbot muss fallen!

Anfang Februar hat die Generalstaatsanwaltschaft Celle vor dem Staatsschutzsenat des OLG Celle Anklage gegen den 38-jährigen türkischen Staatsangehörigen Mustafa C. erhoben „wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK)“. Der Angeschuldigte soll in der Zeit von Juni 2013 bis zu seiner Festnahme im November 2015 als Gebietsleiter der PKK und ihrer Europaorganisation „Kurdische Demokratische Gesellschaft in Europa“ („Civaka Demokratik a Kurdistan“ - CDK) zunächst im Gebiet Oldenburg und dann im Gebiet Hamburg tätig gewesen sein. Ihm wird vorgeworfen, Kundgebungen, Versammlungen, Demonstrationen und sonstige Veranstaltungen organisiert, Busse angemietet, Spenden gesammelt und überwacht sowie Nachwuchskader angeworben zu haben. Seit dem 12. November 2015 befindet er sich aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des OLG Celle in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen ihn wird in den nächsten Wochen eröffnet werden. Die Cellerinnen und Celler werden dies vor allem deshalb mitbekommen, weil an den Prozesstagen dann wieder ein erhöhter Sicherheitsaufwand in der Kanzleitarße betrieben werden wird.

Über den Hintergrund dieses und anderer politisch motivierter Prozesse gegen kurdische Aktivist\*innen informiert eine Stellungnahme des AZADI RECHTSHILFENFONDS für Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V. vom 25. November 2015:

Im November 1993 wurde in Deutschland das Betätigungsverbot gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verhängt und diese im Jahre 2002 auf die Terrorliste der EU und der USA gesetzt. Es folgte eine Welle der Kriminalisierung gegen Kurdinnen und Kurden mit Ausgrenzung aus dem sozialen und politischen Leben. Dutzende Aktivist\*innen wurden verhaftet, Zehntausende Verfah-

ren geführt wegen des Zeigens verbotener Symbole oder des Rufens von unerwünschten Parolen. Die Behörden verweigerten Tausenden Kurdinnen und Kurden wegen ihres politischen Engagements eine Einbürgerung oder verfügten Ausweisungen wegen angeblicher Unterstützung terroristischer Aktivitäten, die sich bei näherem Hinsehen auf die Teilnahme an legalen Demonstrationen und Veranstaltungen beschränkten. Nochmals verschärft hat sich die Situation nach dem Beschluss des Bundesgerichtshofs (BGH) von 2010, auch die PKK als ausländische terroristische Vereinigung nach §129b Strafgesetzbuch (StGB) zu verfolgen. Auf der Grundlage der einzig bei derartigen Strafverfahren notwendigen Ermächtigung durch das Bundesjustizministerium befinden sich aktuell 8 kurdische Aktivist\*innen in deutschen Gefängnissen, sei es in Untersuchungshaft oder nach Verurteilung zu mehrjährigen Freiheitsstrafen.

### Umdenken 2014

Erschien das PKK-Verbot über die letzten 20 Jahre unabhängig von der jeweiligen Regierung in Stein gemeißelt, gab es 2014 erstmals Bewegung in der politischen und medialen Wahrnehmung der kurdischen Befreiungsbewegung. Nach dem Vormarsch der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und im Irak waren es vor allem die PKK und ihr nahestehende Kräfte, die Hunderttausend Yeziden aus der Şengal-Region retteten und die türkisch-syrische Grenzstadt Kobanê gegen die militärische Übermacht des IS verteidigten. Zudem gab es die Hoffnung, dass die seit 2013 mit dem auf der Gefängnisinsel Imralı inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan geführten Verhandlungen zu einer Lösung des seit Jahrzehnten bestehenden Konflikts führen könnten. Die Waffen zwischen türkischer Armee und kurdischer Guerilla schwiegen weitgehend. Aufgrund dieser Ereignisse zeigten sich Politiker\*innen bis ins Lager der CDU zu einem Umdenken in Bezug auf die PKK bereit.

### Kriegskurs Erdoğan 2015

Nachdem der türkische Präsident Erdoğan den Verlust der absoluten Mehrheit bei den Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres nicht akzeptieren wollte, hat sich die Situation dramatisch verändert. Er kündigte die Friedensgespräche mit der PKK einseitig auf und setzt fortan auf militärische Eskalation. Türkische Kampfjets greifen Guerillalager im Nordirak an, kurdische Städte werden tage-



lang mit Ausgangssperren belegt und Zivilpersonen ohne Vorwarnung erschossen. Kriegsverbrechen, wie die demütigende Zurschaustellung getöteter Guerillakämpferinnen und -kämpfer, beherrschen den Alltag und erinnern an die 1990er Jahre. Der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan befindet sich seit März dieses Jahres wieder in Totalisolation.

## Merkels Wahlhilfe für Erdoğan

Von Seiten der Bundesregierung bleibt Kritik am Vorgehen des türkischen Staats weitgehend aus. Von der differenzierten Betrachtung der kurdischen Befreiungsbewegung im letzten Jahr ist nurmehr wenig zu spüren. Im Gegenteil: Deutschland versucht, Präsident Erdoğan als Bündnispartner zu gewinnen, um die Außengrenzen der Festung Europa gegen Flüchtlingsmigration abzuschirmen. Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel zwei Wochen vor den Neuwahlen am 1. November bei Ministerpräsident Davutoğlu und Präsident Erdoğan war eine unverhohlene Wahlkampfunterstützung. Die Erfahrung der letzten 20 Jahre zeigt, dass bisher alle deutschen Bundesregierungen sich Zugeständnisse der Türkei dadurch erkaufen, im Gegenzug „härter“ gegen die PKK in Deutschland und Europa vorzugehen. Diese Entwicklung sehen wir auch jetzt wieder durch zunehmende Razzien und Verhaftungen bestätigt.

## Flächenbrand-Gefahr

Dieses politische Vorgehen empfinden wir nicht nur als unmoralisch, sondern auch außenpolitisch kontraproduktiv für die gesamte Region des Mittleren Ostens. Nicht zuletzt die offene Unterstützung des IS und anderer islamistischer Gruppen durch die Türkei haben maßgeblich zur Destabilisierung und zu Flucht der dortigen Menschen beigetragen. Die AKP-Regierung hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass für sie das Problem nicht in der syrischen Präsenz des IS liegt, sondern im Aufbau der Selbstverwaltungsgebiete in den kurdischen Gebieten an ihrer Grenze (Rojava). Dort droht sie regel-

mäßig mit militärischer Intervention. Durch die Aufkündigung der Friedensgespräche mit der PKK und der erneuten militärischen Eskalation entsteht ein neuer Flächenbrand in der aktuell schon instabilen Region.

## Teile-und-herrsche-Politik

Bezüglich Kurdistans betreibt die Bundesregierung eine Teile-und-herrsche-Politik durch die Differenzierung in „gute“ und „schlechte“ Kurden. Mit der einseitigen Orientierung auf die KDP des Präsidenten der kurdischen Autonomieregion im Nordirak, Masud Barzanî, durch militärische Ausrüstung und Ausbildung verschärft sie die bereits bestehenden innerkurdischen Spannungen, von denen der IS am meisten profitiert. Sinnvoller wäre es, diplomatisch die Bestrebungen des Kurdischen Nationalkongresses zu unterstützen, der seit Monaten versucht, eine gesamtkurdische Konferenz durchzuführen, um eine länder- und parteiübergreifende kurdische Außenpolitik zu etablieren.

## PKK anerkennen – Kriminalisierung beenden

Dazu wäre es allerdings unerlässlich, die PKK als politische Kraft im Mittleren Osten anzuerkennen, anstatt sie EU-weit als terroristische Organisation zu listen und ihr in Deutschland die politische Betätigung zu verbieten.

Ein erster Schritt wäre, seitens des Bundesjustizministeriums die Verfolgungsermächtigung gegen die PKK nach 129b StGB zurückzunehmen. Eine Aufhebung des PKK-Verbots, die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste, die Freilassung der politischen Gefangenen sowie die Einstellung aller politisch motivierten Verfahren sollten zügig folgen.



Zum Foto links:

Mitte Februar demonstrierten in Hannover ca. 1.200 Menschen gegen die Kriminalisierung des UJZ Kornstraße und gegen das Verbot der PKK. Anlass der Demonstration war eine Razzia im Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße. Dabei beschlagnahmte die Polizei Flyer und Poster, auf denen sich gegen das Verbot der PKK ausgesprochen wird, sowie mehrere Computer. Dem Vereinsvorstand wird die Unterstützung der kurdischen Arbeiterpartei und damit ein Verstoß gegen das Vereinsrecht vorgeworfen.

## Ein Bunttes Haus für eine tote Stadt ...

Seit 20 Jahren gibt es mittlerweile das Bunte Haus. Im bundesweiten Vergleich ist das Entstehen eines solchen selbstverwalteten Zentrums in den 1990er Jahren eher ungewöhnlich. Vielleicht genauso ungewöhnlich ist die Existenz über jetzt zwei Dekaden, ohne dass an den Basisprinzipien gerüttelt wurde – d.h.: nicht der Weg in die (Teil-)Professionalisierung gegangen wurde.

In diesem und im nächsten Heft geht's um die Geschichte des Buntten Hauses. Beginnen aber werden wir mit der Vorgeschichte. Und diese trägt den Namen „Initiative NAAFI-Kulturzentrum“, kurz INK.

### Zur Vorgeschichte der Vorgeschichte ...

Aber auch zur INK gibt es eine Vorgeschichte, die zum Verständnis erzählt werden muss. Ein Unabhängiges Jugendzentrum (UJZ) gab es in Celle nur für einen kurzen Zeitraum: Sechs Wochen im Frühjahr 1974 wurde das von Haesler erbaute „Direktorenwohnhaus“ in der Magnusstraße selbstverwaltet geführt. Dann war's aus unterschiedlichen Gründen vorbei. Ab 1975 befand sich das städtische JZ „Magnushütte“ in dem Gebäude – und seit einigen Jahren die „galerie dr. jochim“.

Das links-alternative Milieu der 1980er Jahre hatte als einen wichtige Ort das von einem Kneipenkollektiv betriebene „Le Bistro“ in der Emigrantenstraße, dessen seinerzeit noch vorhandener Saal für Gruppentreffen, Veranstaltungen und Konzerte genutzt wurde. Für die Treffen politischer Initiativen gab es ab 1981 „Die Schmiede“ (erst in der Allerstraße, dann in der Heese), ein gemeinsam von Grünen, BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren und Frauengruppe angemietetes Büro.

Kulturell war Celle – vor allem im Vergleich zu heute – eine Wüste und „unkommerziell“ gab es eigentlich nichts. Deshalb strebten immer wieder einzelne Gruppen die Schaffung eines unabhängigen Jugend- bzw. Kulturzentrums an: So in den 1980er Jahren die Alternative Jugend Aktion (AJA) und die Kulturhausinitiative (KHI). Letztere wollte Mitte der 1980er Jahre das NAAFI-Gebäude für kulturelle Zwecke nutzen. Die britische Armee zog mit dem „Navy, Army and Air Force Institutes“ (NAAFI), einem Supermarkt für Armeeangehörige und ihre Familien, nach Vorwerk. Heute ist in dem Gebäude am Neumarkt eine Apotheke und ein Ärztehaus. Die KHI machte viele öffentlichkeitswirksame Aktionen und bildete über ihre Aktivist\*innen ein vergleichsweise breites gesellschaftliches Spektrum ab – sagen wir mal: links-liberales (Bildungs-)Bürgertum. Ein CDU dominierter Stadtrat und Oberstadtdirektor von Witten ließen die Initiative aber am langen Arm „verhungern“.

In alternativen Milieus neigte man seinerzeit mehr dazu, zu machen statt zu fordern. Im Herbst 1989 mieteten einige Musiker und Künstler ein leerstehendes Fa-

brikgebäude in der Schildenstraße und im Sommer 1990 wurde daraus das selbstverwaltete Kultur- und Veranstaltungszentrum AMALGAM. Als das Gebäude abgerissen werden sollte, fand die Initiative Fürsprecher in der Stadtverwaltung und konnte nach kurzer Pause in einem ebenfalls leerstehenden Fabrikgebäude auf dem Berkefeld-Gelände an der Wittinger Straße weitermachen. Im Mai 1991 gab es dort eine heftige Auseinandersetzung zwischen Veranstaltungsbesucher\*innen und Polizei, die Nachwirkungen sowohl bei den Betreiber\*innen wie bei der Stadt hatte. Bis zum Abriss des Gebäudes im Herbst des Jahres fanden zwar noch etliche Veranstaltungen statt, aber die Aufbruchstimmung war verfliegen.

Zwei Jahre später nahm die INK die losen Fäden von Kulturhausinitiative und AMALGAM auf. Die in dieser Initiative zusammengeschlossenen (vorwiegend) Jugendlichen forderten das leerstehende NAAFI-Gebäude für ein selbstverwaltetes (Kultur-)Zentrum.



### Ein buntes Haus für eine tote Stadt

Die Besetzung der NAAFI am 4. September 1993 hatte keinen offiziellen Vorlauf, sondern die Gruppe, die sich dann INK nannte, konstituierte sich mit und über die Besetzung. Diese wurde in einem ersten Flugblatt wie folgt erklärt:

#### EIN BUNTES HAUS FÜR EINE TOTE STADT

*Wir haben heute früh das alte Naafgebäude wiederbelebt. Wir wollen mit dieser Aktion ein Zeichen setzen, um auf das Fehlen eines (selbstverwalteten) Kultur- und Jugendzentrums aufmerksam zu machen. Diese „Besetzung“ wird von unserer Seite friedlich verlaufen.*

*Deshalb sind für heute auch schon verschiedene Veranstaltungen in und um das Naafgebäude geplant, wie zum Beispiel: - Konzert & Musik, - Essen & Trinken zum Selbstkostenpreis, - (Kinder) Spiele, - Ausstellung über die mögliche Nutzung des Gebäudes (Tag der offenen Tür), - Gespräche und Diskussionen*



[...] Wir finden es wichtig, die Initiative zu ergreifen, da es die Stadt nicht für nötig hält, sich um eine Möglichkeit für einen derartigen Treffpunkt zu kümmern oder die vorhandenen Zentren (Magnushütte, JuWi) zu erweitern und attraktiver zu gestalten.

Wir fordern deshalb ein von der Stadt unabhängiges Jugendzentrum, da wir zu genüge kennen, wie die Stadtväter/mütter sich um „ihre“ Jugendlichen kümmern. Die Selbstverwaltung stellt für uns eine Alternative zur von der Stadt diktierten Kultur dar, da das ganze auf Eigeninitiative beruht, und die Verantwortung bei jedem/er aktiven Teilnehmer/in liegt.

Wir hoffen, daß durch Selbstbestimmung alle mehr Energie in einzelne Aktivitäten investieren. [...]

Damit das klappt, seid ihr alle angesprochen!!!

**UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU DES UNABHÄNGIGEN JUGEND- UND KULTURZENTRUMS NAAFI!!!**

**FÜR EINE BUNTE ZUKUNFT!!!**

**WER KÄMPFT KANN VERLIEREN, WER NICHT KÄMPFT HAT SCHON VERLOREN!!!**

## **Besetzung, die Erste ...**

Das Wochenende verlief aus Sicht der Besetzer\*innen überaus erfolgreich. 200 – 300 Menschen waren nur über die Flugblattinfos so neugierig geworden, dass sie sich das Treiben im NAAFI-Gebäude anschauten.

Als sich am Montag der größte Teil der Besetzer\*innen bei der Arbeit und in der Schule befand, eröffnete ein Vertreter der Stadt den zehn im Haus befindlichen Leuten, dass die Naafi bis 14 Uhr geräumt werden müsse. Das bereitgestellte Polizeiaufgebot erwies sich als überflüssig, da – wie es in einem Auswertungsflugblatt heißt – „die INK nicht auf Konfrontationen sondern auf Verständnis baut“. Nachmittags fand dann noch eine spontane Demonstration mit gut 50 Teilnehmer\*innen durch die Innenstadt statt.

Die Cellesche Zeitung (CZ) berichtete wohlwollend: „Im Eingangsbereich waren ständig einige Besetzer präsent und standen den Fragen von etlichen Passanten, die sich einen Eindruck verschaffen wollten, Rede und Antwort. Zudem konnten sich die Interessierten bei einem Rundgang ein Bild vom Zustand des Hauses machen. Mittels einer Unterschriftenliste drückten über 300 von ihnen ihre Solidarität mit den Besetzern aus, erneut der Forderung nach einem Celler Jugend- und Kulturzentrum Ausdruck verleihen wollten.“ [CZ, 17.09.1993]

Nach einem Open-Air-Konzert hinter dem NAAFI-Gebäude am Folgeweekende, äußerte sich die CDU/WG-Fraktion im Rat mit einer „Zuckerbrot und Peitsche“-Erklärung. Das NAAFI-Gebäude würde nicht für kulturelle Zwecke zur Verfügung stehen, weil eine Nutzung als Hotel – in jedem Fall aber eine private Nutzung angestrebt sei. Mit Blick auf die Besetzung hieß es: „Die Ansicht, das Haus gegebenenfalls zu besetzen, wird eindeutig als die Ankündigung eines Rechtsbruchs be-

wertet. Hafenstrassenverhältnisse werde die Gruppe [aus CDU und WG] in Celle nicht dulden.“ [CZ, 18.09.1993] Die finanzielle Lage der Stadt lasse nicht zu, der Kulturhausinitiative irgendwelche Hoffnungen auf finanzielle Zuwendungen zu machen.

In den Folgemonaten verstand es die INK, ihre gute Ausgangsposition in der Öffentlichkeit zu verteidigen und auszubauen. Vom 20. bis zum 25. September wurde ein Programm zusammengestellt und im „Le Bistro“ umgesetzt mit Info-Café, Kabarett, einem Swing-Duo und zwei Rockkonzerten am Wochenende. Letztere mussten wegen Beschwerden der Nachbarn abgesagt werden. Schlussfolgerung der INK: „In der NAAFI wäre das sicherlich nicht passiert.“ [CK, 29.09.1993]

## **Die Demonstration**

In dieser Hochphase kamen regelmäßig rund 50 Jugendliche zu den Treffen der INK. Ende September waren 1200 Unterstützer\*innen-Unterschriften gesammelt, am Ende der Kampagne waren es über 3.000. In einer erweiterten Konzeption wurden konkrete Vorstellungen für die Nutzung der Etagen und Räume in der NAAFI entwickelt. Dabei bot sie „20.000 Arbeitsstunden für die Renovierung und Instandhaltung“ an. Und zum Selbstverständnis hieß es: „In Celle besteht insbesondere für Jugendliche nur ein mangelndes Kulturangebot. Die



vorhandenen Räumlichkeiten lassen kaum Platz für Eigeninitiative; Kulturelle- und Freizeitveranstaltungen sind zu einseitig und meist zu teuer. Das seit 1987 leerstehende NAAFI-Gebäude bietet genügend Möglichkeiten, vielseitige, unkommerzielle Kultur zu gestalten und einen Treffpunkt für Menschen zu schaffen. [...] Wir wollen das Kultur- und Jugendzentrum selbstverwaltet auf fortschrittlicher, ökologischer, emanzipatorischer und basisdemokratischer Grundlage aufbauen. Die Eintritts- und Verkaufspreise bei Veranstaltungen und bei dem Cafe sollen möglichst niedrig (Selbstkostenpreis) gehalten werden.“

Die nächste Großaktion war eine Demonstration am 20. Oktober. Anlass war eine am Folgetag stattfindende Gerichtsverhandlung, in der es um die Besitzverhältnisse der NAAFI ging. Denn eigentlich gehörte die NAAFI gar nicht der Stadt. In der Verhandlung ging es darum, dass die Stadt das Gebäude von der Investorengesell-

schaft Lutz GmbH zurückerwerben wollte, weil diese den geplanten Umbau zu Hotel nicht realisierte. Rund 250 Teilnehmer\*innen machten dagegen lautstark auf ihre Forderung aufmerksam: „*Farbenfroh angemalt warben sie für ein „Buntes Haus“*“. [CK, 24.10.1993]

Anfang November verkündete die CDU/WG-Ratsfraktion, auf dem Gelände der CD Kaserne ein Jugendzentrum einrichten und dafür 300.000 DM im Haushalt einstellen zu wollen. [CZ, 09.11.1993] Die Auffassungen des jugendpolitische Sprecher der CDU, Hans-Dieter Hegers, skizzierte die CZ nach einer Geländebesichtigung so: „*Der jugendlichen Gruppe, die das Naafi-Gebäude besetzte und angeboten hatte dieses zu renovieren, will er einen nichtrenovierten Teil des ehemaligen Unteroffizierskasino anbieten. [...] Die Organisation, „ein autonomes Zentrum lehnen wir ab“, könnte in städtischer Obhut liegen oder durch eine Beteiligungsgesellschaft erfolgen.*“ [CZ, 16.11.1993] Damit war die Konfliktlinie klar definiert. Räume: Ja, selbstverwaltet: Nein.

## Räume: Ja, selbstverwaltet: Nein.

Am 3. Dezember kam endlich eine Podiumsdiskussion zustande, an der sich bei 100 Besucher\*innen auf dem Podium immerhin auch Vertreter\*innen von SPD, Grünen und FDP beteiligten. FDP-Chef Falkenhagen sprach sich deutlich gegen Selbstverwaltung aus und begründete dies mit den Erfahrungen des UJZ. Georgia Langhans von den Grünen lieferte eine Prognose: „Aber ich befürchte, ein autonomes Jugend- und Kulturzentrum wird es nicht geben, weil es von der Stadt nicht gewollt wird.“ Die SPD-Vertreterin Hiltrud Mosch zeigte Verständnis für die Forderung, äußerte jedoch Bedenken hinsichtlich der „Praktikabilität“ und wollte wissen, ob die INK bereit wäre, „*ein wenig vom Autonomen abzurücken*“. [CZ, 06.12.1993] Aber eins machte schon die Überschrift des CZ-Artikel klar: „*Initiative für ein Jugend- und Kulturzentrum will auf das Prinzip der Autonomie nicht verzichten.*“

Ende Februar war die seinerzeitige Kultusministerin Helga Schuchardt zu einer SPD-Veranstaltung in Celle. Ihr Besuch brachte insoweit Dynamik in die Diskussion, als sie ein Landesprogramm zur Förderung sozio-kultureller Zentren vorstellte. Voraussetzung für Zuschüsse aber sei die Selbstverwaltung der Zentren. (CZ, 23.02.1994)

## Action speaks louder than words

Ein zentrales Problem von Jugendzentrumsinitiativen in der Provinz liegt darin, dass Politik und Verwaltung sie „am langen Arm verhungern lassen“ kann. Jedes Jahr verlassen Aktivist\*innen nach Abitur oder (damals noch) Zivildienst die Stadt. Und ohne ein Licht am Ende des Tunnels dünne die Initiativen personell aus. Das einzige Gegenmittel: Action. So plante die INK für den Osterferienbeginn am 19. März die erneute symbolische Besetzung der NAAFI.

Mit einem Flugblatt wurde die Öffentlichkeit über den Zweck der Besetzung aufgeklärt.

## ERNEUTE BESETZUNG DER NAAFI!

Sie fragen sich bestimmt, warum die ehem. NAAFI schon wieder besetzt ist, was wollen die Leute eigentlich noch? In der Zeitung war doch zu lesen, daß ein Jugendzentrum in der Cambridge-Dragonerkaserne entstehen soll, daß Geld da ist, und wir doch eigentlich zufrieden sein sollten.

**ABER:** - ein städtisches Jugendzentrum ist kein selbstverwaltetes Sozio-kulturelles-Zentrum wie wir es fordern!  
Ein solches wird von der Stadt vollkommen ausgeschlossen!  
- es existiert außer einer vagen Zusicherung (vielleicht Mitte/Ende '95) keine Möglichkeit, jetzt mit der Arbeit anzufangen!  
- solange die CD-Kaserne noch nicht mal von der Stadt angekauft wurde, die NAAFI aber nach wie vor leersteht, gehen wir zunächst von unserer machbaren Alternative aus, die NAAFI zumindest zwischenzeitlich zu nutzen.

Insgesamt haben wir den Eindruck, daß die Stadt nicht mit uns zusammenarbeiten will. Das zeigen auch die Aussagen der Jugendhilfeausschußvorsitzenden Godula Hepper: "Ich kann versuchen euch ernst zu nehmen. Mehr kann ich nicht für euch tun." und Obst. Biermann: "Ich weiß von nichts." Das sind genug Gründe, um mit der zweiten Besetzung erneut ein Zeichen zu setzen, und zu zeigen, daß sich trotz all unserer Anstrengungen nichts geändert hat!

Ihre INK

Schon am Freitag ließ sich Stadtdirektor Gonell sehen, um darauf hinzuweisen, dass die Stadt die Besetzung als Hausfriedensbruch betrachte. Weitere Konsequenzen aber ließen auf sich warten. So wurde der Samstag wieder zum „Tag der offenen Tür“ mit Kunstausstellung, Kino und Konzert. Der Sonntag verging eher „chillig“, damals hieß es „*Hängetag*“. Da auch am Montag keine Räumung anstand, gab es am Abend wieder ein Konzert. Aber als die Polizei am nächsten Morgen in aller Herrgottsfrühe anrückte, war die NAAFI leer.

Die Lokalberichterstattung war positiv: „*Ohne Spektakel kein Aufsehen*“ [CZ, 22.03.1994] Myriam Meißner kommentierte: „*Jugendliche, so scheint es, haben in unserer Stadt keine Lobby. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß sie nicht länger stillhalten wollen, sondern mit Aktionen, bis hin zur Hausbesetzung, auf mangelnde Freizeitmöglichkeiten aufmerksam machen. Gerade die jüngsten Ereignisse rund um die Naafi zeigen doch, wie ernst es den Jugendlichen ist. Ohne solch spektakuläre Aktionen scheint von offizieller Seite niemand von ihnen Notiz nehmen zu wollen. [...] Anstatt Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben, sollte schnellstens gehandelt werden. Eine Stadt, der die Jugendlichen verloren gehen, weil sie ihre Interessen nicht mehr vertreten fühlen, kann nicht im Sinne der Stadtväter sein.*“ [CZ, 22.03.1994]

Die SPD-Ratsfraktion beantragte, der INK die NAAFI zur Nutzung zur Verfügung zu stellen, bis über die endgültige Verwendung des Gebäudes entschieden ist. [CZ, 26.03.1994] Zur Ratssitzung am 28. April hatte die INK rund 60 Jugendliche „mobilisieren“ können, um zu erle-



ben, wie die CDU/WG-Ratsmehrheit den SPD-Antrag ablehnte. Der CDU Fraktionsvorsitzende Friedrich Schulze provozierte: „Wenn denen Autonomie über alles geht, dann sollen sie doch konsequent sein: sich nicht etwas darreichen lassen, sondern es selbst suchen und alles zur Mietung oder Kauf in die Hand nehmen.“ [CZ, 30.04.1994] Das Haus von Stadtkämmerer Gonell erlebte danach eine kleine Eierwurfattacke. [CZ, 30.04.1994]

Anfang Mai teilte die Sozialdezernentin Maier-Knapp-Herbst dagegen mit, dass auf dem Gelände der CD Kaserne auch Platz für die INK sei, und kündigte einen Workshop über die Nutzungen an. [CZ, 07.05.1994]

## Sozio-Kultur

Mit einer Veranstaltung am 2. Juli in Kunst & Bühne informierte die INK über das Konzept „Sozio-Kultur“. Als Referent eingeladen war Gerd Dallmann, der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft sozio-kultureller Zentren in Niedersachsen. Er verwies darauf, dass selbstverwaltete Initiativen Investitionszuschüsse aus einem Landestopf bekommen könnten. Über die praktische Zentrumsarbeit berichteten zwei Vertreter vom „Alhambra“ Oldenburg und jemand von einem selbstverwalteten Zentrum in Schwarmstedt. Für die CZ kommentierte Gerhard Wagner: „Das, was Vertreter der selbstverwalteten Kulturzentren aus Oldenburg und Schwarmstedt zu berichten wußten, zeigt, daß solche Projekte laufen können.“ [CZ, 03.07.1994]

Dass die INK das Projekt NAAFI zu den Akten gelegt

hatte, wurde im Vorfeld eines Straßenfestes am 1. Oktober deutlich. Die Initiative schrieb Hersteller von „russisch Brot“ und „Buchstabennudeln“ an mit der Frage, ob – der Einwohnerzahl entsprechend – 75.000 Exemplare mit den Buchstaben N-A-F-I geliefert werden könnten. Zweck: Eine Aktion unter dem Motto „Die NAAFI ist gegessen.“ Die Hersteller konnten nicht. Das Straßenfestival unter dem Motto „Ein bunter Tag für eine tote Stadt“ dagegen bewies einmal mehr, was die INK drauf hatte. „Buntes Fest vor Rathaus“ titelte die CZ: „Ein Warnschild machte Besucher auf den Beginn der „bunten Zone“ am Sonnabend vor dem Rathaus aufmerksam. Mit viel Musik, Volxküche und zahlreichen Infoständen forderten die Mitglieder der 15 Gruppen in dieser letzten großen gemeinsamen Aktion noch einmal ein Jugend- und Kulturzentrum.“ Und die CZ zitierte aus einer Rede zum Verhalten des Rates: „Diese gräulichen Damen und Herren wollen und können nicht verstehen, daß wir mehr und vor allem anderes zum Leben brauchen.“ Und weiter: „Es gelte Freiräume zu finden und zu nutzen, in denen „neue Formen des menschlichen Zusammenlebens ausprobiert werden können“, und wo auf basisdemokratischer Grundlage, Aufgeschlossenheit und Emanzipation, frei von egoistischem Besitzdenken und einem verantwortungsbewußten Umgang gegenüber der Natur, praktiziert werde.“ [CZ, 04.10.1994]

## Der Versuch eines Versuchs über einen Versuch ...

Nach der zweiten Besetzung hatte ein schleichender Zerfall der INK begonnen. Das Ziel, die NAAFI als Zentrum zu bekommen war gescheitert. Resignation machte sich breit. Sven Kalvelage und Georg Ramsperger, die sich seinerzeit auch aus der Kerngruppe verabschiedet hatten, machten im Herbst 1994 einen Film. Dort interviewten sie aktive und ausgestiegene INK-Mitglieder und fragten nach Erfahrungen, (De-)Motivation und Perspektiven. Daneben bilden Impressionen vom Strassenfest vor dem Rathaus eine Hauptsequenz des Film, der den Titel hat „Der Versuch eines Versuchs über einen Versuch ...“

## Workshopping

Für die INK begann jetzt eine schwierige Phase. Zwar hatte die Stadt das Gelände der CDK zum 20.12.1994 erworben, aber mit einer Aufnahme des Betriebs war vor 1996 nicht zu rechnen. Als kontinuierliche Aktion wurde ab Mitte 1994 14-tägig eine vegetarische/vegane Volxküche in der Magnushütte angeboten, die zumindest einen lockeren Zusammenhalt stiftete.

In der ersten Jugendhilfeausschusssitzung des Jahres 1995 legte die Verwaltung erste Konzepte vor. Die INK hatte ihre Vorschläge eingereicht. „Unser Wunsch ist es, einen Gebäudeteil mit einer Fläche von 350 Quadratmetern für unsere Nutzung zu erhalten“, zitierte die CZ RWLE Möller. [CZ, 18.01.1995]

Am 15. Februar und am 19. April 1995 fanden zwei Workshops statt, veranstaltet vom Jugendhilfeausschuss.



Das letztlich illusorische Ziel beschrieb die Stadtjugendpflege so: Es gehe nicht darum einen Kuchen aufzuteilen, sondern gemeinsam einen zu backen. [Vgl. Dokumentation Workshop, Teil I] Publikumsmagnet sollte die Discothek „Freedom“ werden. (Woraus letztlich nichts wurde.) Als Jugendzentrumsinitiative war einzig die INK am Start, obwohl sie es in diesem engen Sinn nie sein wollte. Der große Rest der anwesenden Initiativen wollte schlicht und einfach Räume für ihre Aktivitäten (Sport, Betreuung, Unterricht).

Die INK gewann in den Workshops den Eindruck, auch trotz ihrer Konzeption erwünscht zu sein. Deshalb wurde am 8. Mai 1995 der Verein „Buntes Haus e.V.“ gegründet. Vereinszweck: „im Rahmen eines sozio-kulturellen Zentrums eine für alle offene Jugend- und Kulturarbeit zu betreiben.“ Am 19. Juni präsentierte sie im Rahmen eines Pressegesprächs ihre konkrete Konzeption („So soll es aussehen“) für den Block 12 auf dem CDK-Gelände, der der INK seitens der Stadt angeboten wurde. In der Pressemitteilung heißt es erneut eindeutig: „Wir lassen uns nicht diktieren, welche Gruppen und organisatorischen Formen im Bunten Haus vertreten sein werden. Eine Selbstverwaltung ist eine Selbstverwaltung.“

Die Entscheidung des Stadtrates allerdings stand nach wie vor aus. Äußerungen von CDU-Fraktionschef Schulze Anfang September machten deutlich, dass der Konflikt nicht aus der Welt war: „Bei den Verhandlungen mit der INK, auch unter den Voraussetzungen, daß die INK eigene Räume bekommt, gibt es große Diskrepanzen. Sie selbst möchte absolute Unabhängigkeit. Wir finden das nicht zustimmenswert. Es ist letztendlich eine politische Entscheidung, von der wir glauben, daß die Mehrheit der Jugendlichen und der Bevölkerung das goutiert, was wir wünschen. Eine jeweilige politische Mehrheit muß sagen können, was dort stattfindet.“ [CZ, 09.09.1995]

Die INK kommentierte mit einem Flugblatt unter der Überschrift „Katze aus dem Sack“. Darin kritisierte sie, dass die Ergebnisse des Workshops auf den Kopf gestellt würden: „Ist die INK draußen, wer sollte dann für die offene Jugendarbeit zuständig sein, die CRI, das Albert-Schweitzer-Werk oder gar das kommerzielle Freedom?“ Und sie benannte erneut die Bedingung für Landesfördermittel: „Die INK [...] bekäme nur Landesfördermittel für das Bunte Haus, wenn es selbstverwaltet ist.“ [vgl.

auch CZ, 19.09.1995]

Eine von Bündnis '90/Die Grünen beantragte „Aktuelle Stunde“ im Rat am 28. September ließ Hoffnungen schwinden. In einer wahren Hetzrede stellte Oberstadtdirektor Biermann die INK in die linksradikale Ecke. Die Zeitschrift „Publiz“ kommentierte seinerzeit: „Biermann brachte es tatsächlich fertig, in einem Beitrag zu einem selbstverwalteten Zentrum mehr über die Gefahren des Kommunismus und der RAF zu palavern als über die Zwecke von Jugend- und Kulturarbeit, worüber er kein einziges Wort verlor.“ [Publiz, Oktober 1995, S. 5] Fraktionschef Schulze assistierte: „Alle Erfahrungen mit autonomen Zentren zeigen, daß sie zu einem Ärgernis für die anderen Bürger werden.“ [CZ, 29.09.1995]

Biermann und die CDU/WG hatten anscheinend wirklich die Furcht, Celle könne sich zu einer Autonomenhochburg entwickeln. Im Juni hatte es – am Rande auch militante – Proteste gegen das Treffen von Ritterkreuzträgern gegeben, die AntiFa war über die Kampagnen gegen das Nazi-Zentrum in Hetendorf bundesweit vernetzt und auch die INK hatte sich als wenig pflegeleicht herausgestellt. In dieser Konfrontation ging fast unter, dass die Jugendpflege in Person der Sozialdezernentin Maier-Knapp-Herbst eine explizit von Biermann abweichende Gegenposition vertrat: „Ich habe mich nicht aus Blauäugigkeit für eine autonome Einrichtung eingesetzt, sondern aus fachlichen Überlegungen und den Erfahrungen, die ich mit den Celler Jugendlichen in den Workshops gemacht habe.“ [CZ, 29.09.1995]

Es ist nicht im Detail nachzuvollziehen, wieso die INK doch wieder ins Spiel kam. Der jugendpolitische Sprecher der CDU, Hans-Dieter Hegers, soll hinter den Kulissen für eine Kehrtwende gearbeitet haben – und 1996 standen Kommunalwahlen an, zu denen die INK mit dem antreten einer „Bunten Liste“ gedroht hatte. Aber am 5. Januar 1996 bot der erste Geschäftsführer der CD-Kasernen Betriebs-GmbH, Ingo Bloeiß, überraschend die Halle 12 an: „Greift zu, mehr ist im Moment nicht drin.“ Die INK griff zu und eignete sich handelnd und verhandelnd noch Teile der Halle 11 an. Am 3. Februar 1996 gab es das erste Konzert; eine der drei Bands hieß „Thinx Never Seen“ - ein treffendes Motto für das, was sich nach diesem Startschuss im Bunten Haus tun sollte. Ein offizieller Mietvertrag wurde erst im Mai 1996 geschlossen.



## Kino 8 1/2

### im April/Mai

jeweils Freitag  
und Samstag  
um 20.30 Uhr



01. und 02. April

#### Louder than bombs

Als die Arbeiten einer tödlich verunglückten Kriegsphotografin ausgestellt werden, kehrt ihr ältester Sohn in seine Heimatstadt zurück. Das zerrüttete Familiengefüge zwischen ihm, seinem Vater und dem jüngeren Bruder wird erschüttert, als ein Journalist die bislang verschwiegenen Umstände des Unfalls veröffentlichen möchte. Ein stilles, feinnerviges Drama zwischen (Melo-)Drama und Coming-of-Age-Geschichte. Auch wenn das Drehbuch die Figuren bisweilen überfrachtet, überzeugt der multiperspektivisch erzählte Film durch seine assoziative Bildgestaltung und Montage als psychologische Momentaufnahme und sensibles Familienporträt.

NOR/F/Dänemark 2015, Kinostart: 7.1.2016, 109 Minuten

08. und 09. April

#### Brooklyn – Eine Liebe zwischen zwei Welten

Eine schüchterne Irin wandert in den 1950er-Jahren nach New York aus, wo sie eine Anstellung in einem Modegeschäft findet. Ihre Einsamkeit und die Last der Fremde verflüchtigen sich, als ihr ein Italoamerikaner zeigt, wie eng der Horizont ihrer Heimat war. Doch dann ruft sie eine familiäre Tragödie nach Irland zurück, wo ihr ein anderer Mann den Hof macht. Die Verfilmung eines Romans von Colm Tóibín skizziert mit feinen, unaufdringlichen Strichen ein Einwandererschicksal, in dem Entfremdung und Heimatwerdung eng an die Figuren gebunden sind. Die Entwicklung der beeindruckend gespielten Protagonistin wird subtil und eindrücklich zugleich darstellt.

Irland/GB/Kanada 2015, Kinostart: 21.1.2016, 112 Minuten

15. April

#### Film wird kurzfristig bekannt gegeben

Am Sa., den 16. April, gibt es wegen einer internen Veranstaltung keine Vorführung.

22. und 23. April

#### Mustang

Für ein zwölfjähriges türkisches Mädchen und seine vier älteren Schwestern hat das unschuldige Herumalbern mit Jungen im Meer drastische Folgen. Aus Angst um den Ruf der Familie wird sie von ihrem Onkel und der Großmutter in ihr Wohnhaus verbannt, das zum Gefängnis wird. Bald folgen erste arrangierte Hochzeiten. Ein intensives Drama, erzählt aus der Sicht der jüngsten Schwester, das sein brisantes Thema durch warme Farben sowie die sommerlich flirrenden Bilder ein überraschendes Gefühl von Freiheit und Lebensfreude vermittelt. Das Plädoyer für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ist universell und weist über den engen regionalen Kontext der Handlung hinaus.

Türkei/F/Katar/D 2015, Kinostart: 25.02.2016, 94 Minuten

29. und 30. April

#### Suffragette

Die mit historischen Ereignissen unterfütterte Geschichte einer Londoner Wäscherin, die 1912 mit der Bewegung zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts in Berührung kommt. Das Engagement der Suffragetten bildet den Kern des überzeugend gespielten Films, der inszenatorisch geschickt die Auswirkungen der gesellschaftlichen Benachteiligung wie des militanten Aktivismus auf Individualität und Privatleben der unterdrückten Frauen in den Mittelpunkt rückt.

GB 2015, Kinostart: 4.4.2016, 107 Minuten

06. und 07. Mai

#### Spotlight

Ein Reporter-Team der Tageszeitung „The Boston Globe“ wird vom neuen Chefredakteur auf Missbrauchsfälle durch katholische Priester in der Erzdiözese Boston gestoßen und deckt deren jahrzehntelange Vertuschung durch den verantwortlichen Kardinal auf. Der an tatsächlichen Vorgängen orientierte, brillant gespielte Film arbeitet detailliert den Skandal auf, wobei er inszenatorisch sensibel die Nähe zu Dokumentarfilmen sucht, ohne dadurch an Spannung und Anteilnahme zu verlieren. Vor allem ist er ein leidenschaftliches Plädoyer für den investigativen Printjournalismus.

USA 2015, Kinostart: 25.2.2016, 129 Minuten

13. und 14. Mai

#### Hail, Caesar!

Ein Hollywood-Manager ist in den 1950er-Jahre vor allem als „Troubleshooter“ tätig, um Unheil von seinem Studio abzuwenden. Als der Hauptdarsteller eines Sandalenfilms mit religiösen Anklängen entführt wird, muss er das Problem lösen, bevor die Klatschreporter davon Wind bekommen. Ein mit großer Leichtigkeit zwischen Persiflage und Hommage pendelnder Film über die „Goldene Ära“ Hollywoods, hinter deren schillernder Oberfläche durchaus auch gesellschafts- und kulturpolitische Missstände aufleuchten.

USA/GB 2016, Kinostart: 25.2.2016, 106 Minuten

# Politik, Vorträge & Theater

Fr., 08. April, 14.30

## **Zeitgeschichtlicher Rundgang zum Nationalsozialismus**

Zum Jahrestag des Massakers an KZ-Häftlingen in Celle im April 1945 - die Führung beginnt um 14.30 Uhr in der Synagoge, Im Kreise 23, und endet am Mahnmal für die Opfer des Massakers vom 8. April 1945 in den Triftanlagen.

Veranst.: VHS Celle, Kosten: 6,00 – Anmeldung unter CE1104

So., 10. April, 11.30

Führung: „**Unsere Möbel aus Holz zerschlugen und zerstörten sie**“ – 300 Jahre Fluchtgeschichte(n) im Bomann-Museum

## **Hilke Langhammer M.A.**

Bomann-Museum Celle, 8,00 Euro

Mi., 13. April, 18.30

## **Unterwerfung als Freiheit! Leben im Neoliberalismus**

Referent: Dr. Patrick Schreiner

mehr auf S. 26

VHS Celle, Trift 20 (Saal)

Veranst: RLS Nds., Eintritt frei

Mi., 13. April, 19.00

## **Klaus Farin über Frei.Wild** – Lesung und Diskussion

Farin hat die Band zwei Jahre lang begleitet, mit Fans gesprochen und darüber das Buch „Frei.Wild: Südtirols konservative Antifaschisten“ geschrieben.

CD-Kaserne, Eintritt frei

Do., 14. April, 19.00

## **Mein Herz gib mir wieder her** - Lisa und Hermann Löns

Lesung: Heinrich Thies

Bomann-Museum Celle, E: ??

Do., 14. April, 19.00

**Asyl-Monologe** – Dokumentarisches Theater von der Bühne-für-Menschenrechte, siehe S. 24.

CD-Kaserne, Eintritt frei

So., 17. April, 19.00

## **Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen**

10:30 Uhr : Gedenken auf dem

Kriegsgefangenenfriedhof

11:30 Uhr : Gedenken am Obelisk

Am Nachmittag: Veranstaltung der

AG Bergen-Belsen an der Rampe

So., 17. April, 19.00

## **Worte bereiten Taten vor**

Lesung von gehaltenen, ungehalten Reden seit September 2015 mit dem Ensemble des Schlosstheaters.

Schlosstheater Celle, Eintritt frei

Mo., 18. April, 19.00

**Bürgerdialog:** Zur Sicherheitslage in Niedersachsen, Wahrnehmungen des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit der Zuwanderung

Exerzierhalle, Eintritt frei

Sa., 23. April, 12.00

## **Demonstration gegen TTIP**

Hannover, Opernplatz

Sa., 23. April, 15.00

Führung: Wie **Seidenspinner und Maulbeerbaum** nach Celle kamen

## **Karl Thun**

Bomann-Museum Celle, 8,00

Mi., 27. April, 19.30

## **Angeprangert - Celler Poetry Slam ohne Schloss und Riegel**

Kunst & Bühne, AK 5,00

Mi., 27. April, 19.30

Arno Schmidt: **Das steinerne Herz**

Lesung: **Bernd Rauschenbach**

Residenzmuseum im Schloss, E: ??

So., 01. Mai, 11.00

## **Maikundgebung** des DGB

Musik: Stars & Bars

Stechbahn

Mi., 04. Mai, 19.00

**Rassistische Mobilisierung** unter Genderaspekten im Spannungsfeld von Islamfeindlichkeit

Dr. Menno Preuschafft, Fachberater beim Landespräventionsrat Nds.

Veranst.: Stadt & LK Celle

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Di., 10. Mai, 19.00

**Bürgerdialog:** Wird unsere Sicherheit durch die Flüchtlinge gefährdet?

Veranst.: Stadt Celle

Exerzierhalle, Eintritt frei

Mi., 18. Mai, 19.30

## **Angeprangert - Celler Poetry Slam ohne Schloss und Riegel**

Kunst & Bühne, AK 5,00

Mi., 25. Mai, 19.00

## **Völkische Siedler\*innen**

Referentin: Andrea Röpcke

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Kreuzkirchengemeinde, Windmühlenstraße 45

# Konzerte & Partys

Fr., 01. April, 20.00

**Jugend Big Band Celle und  
Jugendjazzorchester Niedersachsen  
"Windmaschine"**

Forum Burgzentrum, Eintr.: 15,-/10,-

Sa., 02. April, 20.00

**Party in the Wasteland - mit  
3rd Grade Burn, Thousand Faces,  
Desona, Stone Age Is Over**  
Buntes Haus, AK 4,00

Sa., 02. April, 20.00

**So What?**

Aimely, Eintritt frei

Fr., 08. April, 20.00

**Stoppok**

CD Kaserne, VVK 22,90 / AK 26,00

Sa., 09. April, 20.00

**Jam Session**

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

So., 10. April, 20.00

**Shanna Waterstowen**

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 16. April, 19.00

**Hamburg Klezmer Band**

Synagoge, Im Kreise, AK 12,00

Sa., 16. April, 20.00

**Michael Weston King**

Aimely, Eintritt frei

So., 17. April, 20.00

**Greg Koch**

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 16. April, 20.00

**Zeichen gegen Rechts - mit Delivery  
Van und Waterpistol Drive By**  
CD-Kaserne, Eintritt frei

Sa., 16. April, 20.00

**Stone - Rolling Stones Cover**  
Kaffeegarten Sülze, AK 15,00

Do., 21. April, 20.00

**Leon Francis Farrow (Indie Rock)**  
MS Loretta, Hafen

Fr., 22. April, 20.00

**Mike Mok**

Aimely, Eintritt frei

Fr., 22. April, 20.00

**Hannes Wader**

CD Kaserne, AK 33,00

Sa., 23. April, 15.00

**Gut aufgelegt gegen Rechts**

Café Rios, Eintritt frei

Sa., 23. April, 20.00

**Tom Toxic's Tollhaus Trio**

Stilbruch, Alb.-Köhler-Str. 2-4, E. frei

Fr., 29. April, 20.00

**Session mit Dima Mondello**

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Fr., 29. April, 20.00

**Open Stage**

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Mo., 02. Mai, 20.00

**Josh Smith**

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 07. Mai, 15.00

**18. Celler Jugend Jazztag**

Kreitagssaal, Trift, Eintritt frei

Sa., 07. Mai, 20.00

**Honky Tonk Kneipenfestival**

VVK 13,00

## Ständige Termine

**Arbeitskreis „Eine Welt“**

jeden Mi. 19.00 Uhr, Zöllnerstr. 29

**Weltladen Öffnungszeiten**

Mo.-Fr. 10 – 17, Sa. 10 – 14 Uhr

**Buntes Haus Plenum**

jeden Donnerstag., 19.00 Uhr

**Land in Sicht / Transition (LIST)**

jeden 1. Di. im Mo. 19.30 Uhr,  
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

**Montagskneipe**

jeden Mo., 19.00 Uhr, Buntes Haus

**Umsonst-Laden**

Jeden Di. und Do., 17.00 – 19.00 Uhr  
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f

Mo., 09. Mai, 20.00

**Todd Wolfe**

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 14. Mai, 20.00

**Jam Session**

CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Mo., 16. Mai, 20.00

**Johnny Mastro**

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 21. Mai, 20.00

**LaRedo Hills**

Aimely, Eintritt frei

Sa., 21. Mai, 20.00

**Dezibold (Deutschrock aus Peine)**

Stilbruch, Alb.-Köhler-Str. 2-4, E. frei

So., 22. Mai, 17.00

**„Entartete Musik“**

Elena Kondraschowa (Violine) und  
Stella Perevalova (Klavier)  
Synagoge, Im Kreise, AK 6,00

Mo., 23. Mai, 20.00

**Jeff Jensen**

Herzog Ernst, Eintritt frei